

**Diplomarbeit**  
**im Fach**  
**Internationale Wirtschaftsbeziehungen**

*Frankreichs Rolle in der Weltwirtschaftskrise*

Themensteller: Prof. Dr. G. Dieckheuer

Vorgelegt von: Alexander J. STEIN

Im Raidental 75

72458 ALBSTADT

Tel. (07431) 52355

Ausgabetermin: 03.07.1996

Abgabetermin: 25.09.1996

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	1
Abbildungsverzeichnis .....	2
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	3
1. Einleitung.....	4
2. Die Entstehung und der Verlauf der Weltwirtschaftskrise - eine Analyse .....	6
2.1 Das Klischee .....	6
2.2 Die Strukturbrüche nach dem Ersten Weltkrieg - der reale Hintergrund der Krise.....	6
2.3 Der Goldstandard - ein Währungssystem mit Deflationstendenz.....	9
2.3.1 Seine Funktionsweise.....	9
2.3.2 Die Möglichkeiten einer Zahlungsbilanzanpassung.....	10
2.3.3 Der automatische Zahlungsbilanzausgleich .....	11
2.4 Der Golddevisenstandard - Devisen als Reserve, eine heikle Vertrauenssache.....	12
2.5 Der auslösende Funke - ein eng zusammenhängendes wirtschaftliches System .....	13
2.6 Die Bankenkrise - ein Problem mangelnder Liquidität .....	15
2.7 Die zwischenstaatlichen Beziehungen - Protektionismus als Folge von Verständigungsschwierigkeiten.....	17
2.8 Die Abwertungen und der Aufschwung - eine Folge der Befreiung von den Zwängen des Goldstandards .....	19
3. Die Krise in Frankreich - eine Darstellung anhand der relevanten Indikatoren und Einflußfaktoren.....	21
3.1 Die Industrieproduktion - Auf und Ab mit der Auslandsnachfrage.....	21
3.2 Die Arbeitslosigkeit - schwache Ausprägung oder statistische Mängel?23	
3.3 Die Entwicklung der Einkommen - steigende Löhne und sinkende Gewinne .....	24
3.4 Der Verfall der Preise - externe Auslösung und deflationistische Politik25	
3.5 Die Verminderung des Außenhandels - Rückzug auf einen schwachen Kolonialmarkt .....	26
3.6 Der Pariser Aktienmarkt - nur ein kleiner, vorsichtigerer Bruder der Wall Street .....	28
3.7 Der Staatshaushalt - konstante Ausgaben bei schrumpfenden Einnahmen.....	29

3.8 Die Landwirtschaft - Autarkie und Konservatismus statt Konsum, Investitionen und Innovationen .....	31
3.8.1 Ihre herausragende gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung .....	31
3.8.2 Eine rückständige Struktur .....	32
3.8.3 Ihre Rolle in der Weltwirtschaftskrise - sinkende Nachfrage, aber Unterschlupf für Arbeitslose .....	34
3.9 Die Bevölkerungsentwicklung - älter, bescheidener, undynamischer ...	35
4. Die Krise und Frankreich - der Einfluß der Währung und der Politik .....	36
4.1 Die Entwicklung bis zum Jahre 1931 - ein unterbewerteter Franc, restriktive Politik und Neutralisierung des umfangreichen Goldzuflusses .....	36
4.2 Der Fortgang bis zur Abwertung des Franc - steigende Zinsen durch isoliertes Festhalten an Gold .....	39
4.3 Die politischen Probleme - Kooperation bei konträren Konzeptionen und starrem Hintergrund? ....	42
5. Zusammenfassung - ein schwacher Inlandsmarkt und der Fall in die eigene Grube .....	45
Literaturverzeichnis .....	47

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Die Produktion in Frankreich .....	21
Abbildung 2: Die Produktgruppen .....	21
Abbildung 3: Das französische Volkseinkommen .....	24
Abbildung 4: Die Löhne und Preise .....	25
Abbildung 5: Die Groß- und Einzelhandelspreise.....	25
Abbildung 6: Die Großhandelspreise .....	26
Abbildung 7: Die Aktienkurse an der Pariser Börse .....	29
Abbildung 8: Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen.....	31
Abbildung 9: Die Preise landwirtschaftlicher Produkte und landwirtschaftliche Nettoeinkommen.....	32
Abbildung 10: Der Anteil Frankreichs an den Weltgoldreserven .....	37

**Abkürzungs- und Symbolverzeichnis**

%	Prozent
Abb.	Abbildung
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Bsp.	Beispiel
bzw.	beziehungsweise
D	Deutschland
d.h.	das heißt
F	Frankreich
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GB	Großbritannien
Hrsg.	Herausgeber
I	Italien
J	Japan
Jg.	Jahrgang
Kap.	Kapitel
kg	Kilogramm
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
n°	numéro
No.	number
Nr.	Nummer
o.V.	ohne Verfasser
S	Schweden
S.	Seite
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
Übers.	Übersetzung
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.H.	vom Hundert
vgl.	vergleiche
Vol.	volume
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

## 1. Einleitung

In vorliegender Diplomarbeit soll "Frankreichs Rolle in der Weltwirtschaftskrise" untersucht werden. Es gilt festzustellen, wie stark Frankreich unter der weltweiten Depression gelitten hat, wo einige Zeitgenossen der Ansicht waren, daß "Frankreich der letzten Weltkrise besser widerstanden hat... als die meisten großen europäischen Wirtschaften."<sup>1</sup> Während sich aus heutiger Sicht sagen läßt, daß "while other countries began their recovery in 1933 or 1934 there was no upturn in France until the latter part of 1935... recovery remained incomplete on the outbreak of the war."<sup>2</sup>

Ferner ist zu ermitteln, worin mögliche Ursachen der Krise zu suchen sind und inwiefern Frankreich zu ihrem Entstehen oder Fortbestehen beigetragen hat, ob die Handlungsweisen Frankreichs also stabilisierend oder destabilisierend auf die Weltkonjunktur wirkten. Dabei sind vor allem real-strukturelle und monetär-institutionelle Erklärungen relevant. In der Literatur überwiegt allerdings die Einschätzung der Wichtigkeit monetärer Aspekte; so stellt Bernake fest "monetary forces played an important causal role"<sup>3</sup> und Plessis "der Wert der Währung und somit die Entscheidungen, die diesen Wert verändern, üben einen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaft aus, auf die allgemeine Situation eines Landes."<sup>4</sup> Oder aber es wird "the progressive report of the disarrangements of productive economy towards the financial sphere"<sup>5</sup> als ursächlich angesehen.

Eine genaue zeitliche Eingrenzung der Krise bei einem fließenden Konjunkturverlauf ist nur schwer möglich; aber sie läßt sich in dem Zyklus zwischen der Stabilisierung des Franc im Jahr 1928 durch die Regierung Poincarés und der Abwertung des Franc unter der Blumregierung im Jahre 1936 ansiedeln. Dies entspricht in etwa dem Gang der Entwicklung von wirtschaftlicher Hochphase, dem nach allgemeiner Wahrnehmung im Jahre 1931 im Vergleich zum übrigen Europa etwas später stattfindenden Tiefpunkt der Krise, bis zu ihrer langsamen Erholung gegen Ende der dreißiger Jahre. Für letztere galt allerdings, daß sich der

---

<sup>1</sup> **Laufenburger** (1933), S. 369, eigene Übers.

<sup>2</sup> **Kemp** (1972), S. 99.

<sup>3</sup> **Bernake** (1995), S. 3.

<sup>4</sup> **Plessis** (1993), S. 5, eigene Übers.

<sup>5</sup> **Coomans** (1988), S. 13.

neuerliche Aufschwung auch bereits mit der Aufrüstung verband und daher die Gründe der Krisenbewältigung nicht mehr ganz eindeutig sind.<sup>6</sup>

In der nachfolgenden Darstellung wird mit einer allgemeineren Analyse der Weltwirtschaftskrise begonnen, um die internationalen Zusammenhänge und Rückkoppelungen zu verdeutlichen. Hierbei wird jedoch eine gewisse Betonung auf die Entwicklung in Europa gelegt, um so den Standpunkt Frankreichs in den breiteren Kontext einordnen zu können.

In einem weiteren Teil wird die Entwicklung der Krise in Frankreich anhand der relevanten Wirtschaftsindikatoren untersucht, und gegebenenfalls ein Vergleich mit ihrem Verlauf in anderen Ländern angestellt. Es werden die Entwicklungen der Größen aufgezeigt, die der Krise vorausgingen, sie also mit verursachten. Es wird weiterhin dargelegt, welche Größenänderungen eine Folge der Krise waren oder aber zu ihrem Andauern beitrugen.

In einem dritten Teil werden schließlich die von den französischen Regierungen und von der Banque de France ergriffenen Maßnahmen beleuchtet und ihr Einfluß auf die Krise in den anderen Ländern und in Frankreich aufgezeigt.

Zum Schluß erfolgt noch eine kurze Zusammenfassung des Geschehens und eine Wertung der Rolle Frankreichs.

---

<sup>6</sup> Vgl. **Rothermund** (1993), S. 63.

## 2. Die Entstehung und der Verlauf der Weltwirtschaftskrise - eine Analyse

### 2.1 Das Klischee

Die Weltwirtschaftskrise? Nun, an jenem denkwürdigen Schwarzen Freitag im Oktober 1929 brach an der Wall Street in New York plötzlich die Börse zusammen. Dies geschah infolge ungezügelter und weitverbreiteter Spekulation auf Kredit. Aufgrund letzterer weitete sich dieser Zusammenbruch zu einer Bankenkrise aus, die wiederum dazu führte, daß die Industrieproduktion zum Erliegen kam und in massenhafter Arbeitslosigkeit mündete.

Amerikanische<sup>7</sup> Gelder wurden aus Europa abgezogen, und so übersprang die Krise den Atlantik; die bis dahin gut funktionierende und prosperierende Wirtschaft Europas wurde mit in den Abwärtsstrudel gezogen und die Krise weitete sich zur Weltwirtschaftskrise aus. Daß dieses plakative Bild so nicht stimmt<sup>8</sup>, sondern daß vielmehr vielschichtigere und weitverzweigte Ursachen der Hintergrund für die Krise sind, wird im folgenden dargelegt. Es wird gezeigt, daß Ansätze der Krise schon im 1. Weltkrieg zu suchen sind, bzw. in dem allgemeinen strukturellen Umbruch, der ihm folgte.

Nach Temin stellte die Weltwirtschaftskrise denn auch eine Phase im "zweiten Dreißigjährigen Krieg" (der Zeit vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg) dar.<sup>9</sup> Außerdem wird die Bedeutung monetärer Aspekte hervorgehoben, insbesondere die Folgen des Festhaltens am damaligen Golddevisenstandard. Denn wie Bernake unterstreicht "...monetary shocks played a major role in the Great Contraction, and these shocks were transmitted around the world primarily through the workings of the gold standard".<sup>10</sup> Eichengreen stellt hingegen zusammenfassend fest: "Policy may have provided the initial destabilizing impulse, but changes in economic structure strengthened the propagating mechanism."<sup>11</sup>

### 2.2 Die Strukturbrüche nach dem Ersten Weltkrieg - der reale Hintergrund der Krise

Eine der deutlichsten Folgen des Ersten Weltkrieges war die Neuordnung der besiegten Länder in den Versailler Verträgen. Die Zerschlagung Österreich-Ungarns und die Abtren-

---

<sup>7</sup> Im folgenden wird das Adjektiv "amerikanisch" dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend auf die USA bezogen.

<sup>8</sup> Vgl. Pavoine (1994), S. 43 f.

<sup>9</sup> Vgl. Temin (1989), S. 1.

<sup>10</sup> Bernake (1995), S. 2.

nung deutscher Gebiete befriedigte zwar die Unabhängigkeitsbestrebungen der betroffenen Völker, aber die wirtschaftliche Einheit dieser Reiche wurde dadurch zerschnitten. Zulieferer, Produktionsstätten und Abnehmer wurden durch Grenzen getrennt und diese Trennung wurde durch Zollschranken auch wirtschaftlich vollzogen, um so eigene neue Industrien zu schützen, die die entstandene Lücke ausfüllen sollten. Insbesondere der Fall von Elsaß-Lothringen an Frankreich stellte dabei eine nicht unerhebliche Verschiebung von Produktionspotential dar.

Einen weiteren wichtigen Einfluß übte die Störung des internationalen Handels durch den Ersten Weltkrieg aus. Von europäischen Fertigprodukten abgeschnitten, wurde der Aufbau eigener Industrien in Übersee angeregt. Außerdem wurde während des Krieges die Produktion einiger Sektoren infolge der militärischen Nachfrage stark intensiviert. Hinzu kamen Produktionssteigerungen durch technischen Fortschritt.

Nach dem Krieg traten alle Anbieter wieder auf den Markt und stießen auf neue Konkurrenz und eine geänderte Nachfrage. Überproduktion bzw. Überkapazitäten wurden offensichtlich.<sup>12</sup> Aber die Produktionsstruktur änderte sich auch durch das Aufkommen neuer Industrien, wie etwa des Automobilbaus oder der chemischen Industrie. Ferner nahm der Anteil der Industrie für langlebige Konsumgüter zu. Die Geschwindigkeit dieser Wandlungen machte die Wirtschaften anfälliger für zyklische Schwankungen.<sup>13</sup>

Ein andere Wandlung vollzog sich auf dem Agrar- und Rohstoffsektor. Insbesondere auf diesem Gebiet wird deutlich, daß es sich bei der Weltwirtschaftskrise eben nicht nur um eine Krise in Europa und Nordamerika sondern um eine wirklich globale Krise handelte, da durch die Krise in diesem Bereich insbesondere auch die Kolonien und anderen Länder in Übersee betroffen waren, in denen die Landwirtschaft eine große Bedeutung hatte.<sup>14</sup>

Während des Krieges war in den europäischen Ländern infolge von Autarkiebestrebungen die landwirtschaftliche Produktion ausgeweitet worden. Der Einsatz neuer Produktionstechniken (chemische Dünger, Traktoren) steigerte das Angebot zusätzlich.<sup>15</sup> Um ihren jeweiligen Agrarsektor vor Preisverfällen zu schützen, führten die Industrieländer Unterstützungsmaßnahmen durch. Zum einen kam es zu einer Zunahme des Protektionismus, zum anderen

---

<sup>11</sup> **Eichengreen** (1992), S. 236.

<sup>12</sup> Vgl. **Foreman-Peck** (1995), S. 180 ff.

<sup>13</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 214.

<sup>14</sup> Vgl. **Büsch/Witt** (1994), S. 17 und **Kindleberger** (1973), S. 86 f.

wurden Lager aufgebaut und Stützungskäufe durchgeführt, die sich aber auf Dauer nicht finanzieren ließen. Überdies führte die koloniale Wirtschaftspolitik oftmals zu einem weiteren mengenmäßigen Anstieg von Agrarerzeugnissen.<sup>16</sup>

Der Verfall der Preise auf diesem Gebiet führte dazu, daß "in vielen Ländern eine Landwirtschaftskrise hier der Weltwirtschaftskrise schon vorauselte."<sup>17</sup> So zeigt der Index der Weltagrarpreise, daß bereits ab 1925 ein Absinken der Preise festzustellen ist. Kindleberger bezeichnet diesen Zusammenhang aus Überangebot und Preisverfall als "strukturelle Deflation", da eine Produktionsanpassung nicht erfolgte. Daß diese Deflation sich ausbreiten konnte, lag nach Kindleberger an der Geldillusion in den Konsumentenländern, wodurch der Kaufkraftgewinn nicht erkannt wurde und die Nachfrage erst verspätet anstieg.<sup>18</sup>

Ein weitere Veränderung in der damaligen Wirtschaftsstruktur war auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Während der zwanziger Jahre bestand in praktisch allen Ländern hohe Arbeitslosigkeit, die sich auf eine Verschiebung der Machtstruktur zurückführen ließ. Gewerkschaften hatten zunehmend an Einfluß gewonnen und sich Lohnsenkungen widersetzt. Regierungen setzten Mindestlöhne fest um der geänderten Wählergunst willen<sup>19</sup> und um ein Vordringen des Sozialismus zu verhindern. Auch die Einführung einer allgemeinen sozialen Absicherung führte zu einer verminderten Bereitschaft, für niedrige Löhne zu arbeiten.

Bei einem Rückgang des allgemeinen Preisniveaus blieben daher die Nominallöhne starr, die realen Lohnkosten für die Unternehmen erhöhten sich und resultierten in Arbeitslosigkeit; die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes insgesamt verschlechterte sich.<sup>20</sup> Derartige Strukturverschiebungen geschehen jedoch auch, ohne daß daraus eine Weltwirtschaftskrise resultiert. Weitere destabilisierende Elemente mußten also noch hinzutreten. Eine entscheidende Rolle hat dabei die Wiedereinführung und Beibehaltung des Goldstandards gespielt. Wie Temin

<sup>15</sup> Vgl. **Rothermund** (1993), S. 32.

<sup>16</sup> Vgl. **Foreman-Peck** (1995), S. 187 ff.

<sup>17</sup> **Büsch/Witt** (1994), S. 17.

<sup>18</sup> Vgl. **Kindleberger** (1973), S. 87 und 106 ff.

<sup>19</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Wahlrecht in vielen Ländern weiter verallgemeinert.

<sup>20</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 216 f., **Eichengreen** (1994), S. 7, **Kindleberger** (1973), S. 31 f. und **Foreman-Peck** (1995), S. 218.

feststellt "the attempt to re-establish this aspect of the *status quo ante* first created the tensions that led to contraction and then the policies that sustained the downturn."<sup>21</sup>

## 2.3 Der Goldstandard - ein Währungssystem mit Deflationstendenz

### 2.3.1 Seine Funktionsweise

Während des Ersten Weltkrieges wurde der bis dahin existierende Goldstandard zwar ausgesetzt; aber seine Wiedereinführung war nach Ende des Krieges ein gemeinsames Ziel aller Regierungen, insbesondere, da mit ihm die Stabilität und Prosperität der Wirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg verbunden wurde. Daß sich inzwischen aber die Rahmenbedingungen geändert hatten, wurde dabei übersehen bzw. ihr destabilisierender Einfluß wurde nicht erkannt.<sup>22</sup> Aufgrund seiner zentralen Bedeutung sollen der Goldstandard und seine Funktionsweise deshalb hier kurz erläutert werden.<sup>23</sup>

Eine Goldwährung ist dadurch gekennzeichnet, daß Gold in diesem System das einzige offizielle Reservemedium ist. Das sich im Umlauf befindende Geld muß zu einem bestimmten Anteil durch Gold gedeckt sein, und der Wert des Geldes zum Gold ist in festgelegten Paritäten fixiert; es besteht zudem eine Einlösepflicht der Zentralbanken zu den jeweiligen Goldparitäten, sowohl für die eigene Währung gegen Gold als auch vice versa. Ein freier Fluß des Goldes über die Grenzen hinweg ist garantiert.

Daraus ergibt sich, daß die Goldwährung ein System fester Wechselkurse darstellt, da es ansonsten zu Arbitragegeschäften zwischen den verschiedenen Währungen und Gold kommen würde. Nur die Transaktionskosten<sup>24</sup> ermöglichen eine kleine Schwankungsbreite innerhalb der sogenannten Goldpunkte, die die Grenze dieser möglichen Kursspanne markieren.

Neben der Wechselkursstabilität stellt in diesem System eine ausgeglichene Zahlungsbilanz das übergeordnete Ziel dar. Andere wirtschaftliche Ziele wie Preis- und Einkommensstabilität oder Vollbeschäftigung müssen dahinter zurücktreten; die Zusammenhänge zwischen diesen Größen waren zur damaligen Zeit jedoch noch nicht ganz klar.<sup>25</sup>

---

<sup>21</sup> Temin (1989), S. 11.

<sup>22</sup> Vgl. Foreman-Peck (1995), S. 212 und Temin (1989), S. 11 f.

<sup>23</sup> Vgl. dazu insbesondere Jarchow/Rühmann (1993), Kap. I-III und Dieckheuer (1995), Kap. G-2.1 - G-3.2.

<sup>24</sup> Transport- und Versicherungskosten sowie entgangene Zinserträge.

<sup>25</sup> Vgl. Eichengreen (1994), S. 7.

### 2.3.2 Die Möglichkeiten einer Zahlungsbilanzanpassung

Um in einem System fester Wechselkurse einen Zahlungsbilanzausgleich herbeizuführen gibt es im allgemeinen die Möglichkeit einer Zahlungsbilanzanpassung, einer Zahlungsbilanzfinanzierung oder einer Zahlungsbilanzregulierung.<sup>26</sup> Eine Zahlungsbilanzanpassung erfolgt über die Fiskal- oder Geldpolitik, indem Einkommen, Preise oder Zinsen beeinflußt. Bei einem Zahlungsbilanzdefizit ist somit eine kontraktive Geldpolitik erforderlich, um Kapitalimporte anzuregen oder es ist eine restriktive Finanzpolitik durchzuführen, um die Güterimporte zu senken.

Eine Anpassung über eine Zahlungsbilanzfinanzierung erfordert z.B. bei einem Zahlungsbilanzdefizit den Verkauf von Reservemedien durch die Währungsbehörde. Dadurch wird die Zahlungsbilanz zwar wieder ausgeglichen, aber es tritt auch eine Verringerung der inländischen Geldmenge ein. Werden Maßnahmen ergriffen, die der Geldmengenänderung entgegenwirken, so spricht man von Neutralisierung oder Sterilisierung.<sup>27</sup> Außerdem kann diese Form der Finanzierung aufgrund der Belastung durch den Verlust von Goldreserven oder der Aufnahme von Krediten nicht auf Dauer erfolgen.

Eine Zahlungsbilanzregulierung schließlich stellt eine Beeinflussung über die Handelspolitik oder die Kapitalverkehrspolitik bis hin zur Devisenbewirtschaftung dar. Hierbei erfolgt die Verringerung der Importe durch Zölle oder Kontingente bzw. die Exporte werden durch Subventionen gefördert. Kapitalbewegungen können durch Verbote oder spezielle Ertragsteuern auf Wertpapiere beeinflußt werden. Protektionistische Maßnahmen führen jedoch im allgemeinen dazu, daß auch das Ausland entsprechende Maßnahmen ergreift und der entstandene Vorteil dadurch zunichte gemacht wird, das ursprünglich betrachtete Land letztlich also doch eine Anpassung vollziehen muß. Wobei die Wohlfahrtsverluste durch die Verminderung des internationalen Handels und die Unterdrückung internationaler Konkurrenz den Vorteil einer direkten Anpassung u.U. sowieso übertreffen. Im Goldstandard waren Maßnahmen der Zahlungsbilanzregulierung allerdings auch nicht üblich.

---

<sup>26</sup> Vgl. dazu insbesondere **Jarchow/Rühmann** (1993), Kap. I-III und **Dieckheuer** (1995), Kap. G-2.1 - G-3.2.

<sup>27</sup> Dies insbesondere im umgekehrten Fall, d.h. bei einer unterlassenen Geldmengenausweitung nach Zufluß von Reservemedien. Hierbei kommt auch die deflationäre Wirkung des Goldstandards zum Tragen, da die übrigen Länder restriktive Politiken ergreifen müssen, um ihre Zahlungsbilanzen und Wechselkurse zu stabilisieren.

### 2.3.3 Der automatische Zahlungsbilanzausgleich

Im Goldstandard erfolgte der Zahlungsbilanzausgleich automatisch durch die Befolgung der "Spielregeln". Das heißt, bei Zahlungsbilanzungleichgewichten wurden Goldzuflüsse und Goldabflüsse zugelassen, ohne daß eine Neutralisierung stattfand. Vielmehr sollten die Zentralbanken die daraus resultierende Veränderung der Geldmenge durch ihre Maßnahmen noch unterstützen. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz verläuft in diesem System über den Geldmengen-Preismechanismus, über den Einkommensmechanismus und über den Zinsmechanismus.<sup>28</sup>

Der Geldmengen-Preismechanismus besagt, daß z.B. die infolge einer inländischen Preis-senkung zunehmenden Exporte zu einem Überschußangebot auf dem Devisenmarkt führen. Dieses Überschußangebot läßt den Wechselkurs sinken und bewirkt Goldzuflüsse. Diese führen wiederum zu einer Ausweitung der Geldmenge und letztlich zu einem Anstieg der Preise in dem betrachteten Land. Infolgedessen gehen die Exporte zurück und die Anpassung der Leistungsbilanz wird erreicht.

Beim Einkommensmechanismus führen Goldzuflüsse und die damit einhergehende Geldmengenausweitung zu Zinssenkungen sowie zu einem Anstieg der privaten Vermögen. Daraus folgt eine Zunahme der Güternachfrage und des Volkseinkommens, die auch vermehrte Importe nach sich ziehen. Da im Ausland der Vorgang in entgegengesetzter Richtung abläuft, resultiert für das betrachtete Land daraus ebenfalls eine Verringerung der Exporte, und eine Anpassung der Leistungsbilanz wird auch auf diesem Weg erreicht.

Der Zinsmechanismus schließlich argumentiert, daß sich bei Goldzuflüssen infolge der Geldmengenausweitung Zinssenkungen ergeben, die zu Kapitalexporten führen und den Goldzuflüssen entgegenwirken. Erfolgt der Kapitalexport aus spekulativen Gründen, d.h. in Erwartung sinkender Zinsen, schon bei einem Absinken des Wechselkurses in die Nähe des unteren Goldpunktes, so wirkt er stabilisierend und hält den Wechselkurs innerhalb seiner Schwankungsbreite zwischen den Goldpunkten, ohne daß Goldbewegungen erforderlich sind.

---

<sup>28</sup> Vgl. dazu insbesondere **Jarchow/Rühmann** (1993), Kap. I-III und **Dieckheuer** (1995), Kap. G-2.1 - G-3.2.

## 2.4 Der Golddevisenstandard - Devisen als Reserve, eine heikle Vertrauenssache

Nach dem Krieg standen einer sofortigen Wiedereinführung des Goldstandards<sup>29</sup> die negativen Handelsbilanzen der europäischen Länder im Wege, die sich infolge weiterer Importe zum Wiederaufbau noch verschlechterten. Auch die Inflationstendenzen in einigen Ländern, und die Unsicherheit über die Zahlung der Kriegsschulden und Reparationen erschwerten eine Festlegung neuer Wechselkurse. Hinzukam, daß aus Prestige Gründen und um das Vertrauen in die Währungen zu gewährleisten, eine Festsetzung der Wechselkurse auf Vorkriegsniveau stattfinden sollte.

Ein weiteres Problem stellten Bedenken aufgrund der Verknappung des Goldes dar. Um dieses Problem und die damit einhergehende Gefahr deflationistischer Tendenzen zu beseitigen, wurde auf der internationalen Wirtschaftskonferenz von Genua im Jahre 1922 beschlossen, auch Devisen als Währungsreserven zuzulassen. Dies geschah, obgleich die Gefahr bestand, daß in Krisensituationen die Reservewährungen gegen Gold eingetauscht würden und somit in deren Ursprungsländern Goldabflüsse entstünden, die deflationäre Auswirkungen hätten. Auf diesem Wege konnte also eine Goldknappheit wieder zum Tragen kommen.

Johnson sieht denn auch darin eine der Ursachen für das Versagen des Golddevisenstandards. Er führt an, daß während des Ersten Weltkrieges Gold in die USA floß, ohne daß in Europa die Geldmenge verringert worden wäre. Da sie jedoch in den USA entsprechend erhöht wurde, resultierte daraus Währungspreis-inflation. Die Goldparität des Dollars wurde aber nicht geändert, und daher verminderte sich der reale Wert der Goldreserven des Dollars. Die Unterbewertung des Goldes führte in der Folge insbesondere zu umfangreichen nichtmonetären Goldflüssen nach Indien und zu einem Absinken der Goldproduktion.<sup>30</sup>

Ein weiterer Grund für die Goldknappheit nach dem Ersten Weltkrieg bestand darin, daß die Bank von England nicht mehr über eine unangefochtene Führungsposition innerhalb des internationalen Geldsystems verfügte, in der sie durch einfaches Heraufsetzen ihres Zinses Gold herbeiziehen konnte. Deshalb mußte sie ihre bis dahin schwachen Reserven auffüllen.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Vgl. dazu insbesondere **Jarchow/Rühmann** (1993), Kap. I-III und **Dieckheuer** (1995), Kap. G-2.1 - G-3.2.

<sup>30</sup> Vgl. **Johnson** (1994), S. 453 ff.

<sup>31</sup> Vgl. **Eichengreen** (1988), S. 107.

Doch der neue Golddevisenstandard brachte auch weitere Nachteile mit sich.<sup>32</sup> Die neuen Reservewährungsländer konnten so z.B. selber Liquidität schaffen, um Defizite in ihrer Zahlungsbilanz zu finanzieren. Der Geldmengen-Preismechanismus wurde ebenfalls gestört, da sich die Einlösung von Reservewährungen in deren Ursprungsland nicht auf dessen Geldmenge auswirkte, da diese Reserven zumeist dort schon angelegt waren, um Zinsen einzubringen. Aber auch die Umschichtung zwischen Reservewährungen bzw. zwischen Finanzzentren, bedingt durch Zinsänderungen oder politische Gründe, machte das neue System anfälliger. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen und allgemeiner politischer Differenzen erfolgte die Wiedereinführung des Goldstandards zudem nicht einheitlich, sondern über mehrere Jahre hinweg und unkoordiniert. Gegenseitige Kooperationsverpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Stabilität des Systems wurden daher nicht geschaffen.

## 2.5 Der auslösende Funke - ein eng zusammenhängendes wirtschaftliches System

In der Literatur wird allgemein der Umschwung der Geldpolitik der amerikanischen Federal Reserve Bank im Jahre 1928 als das Ereignis betrachtet, das wohl am meisten dazu beigetragen hat, etwas lapidar ausgedrückt, das Faß zum Überlaufen zu bringen. Aus Besorgnis über die zunehmende Aktienmarktspekulation schlug die Federal Reserve einen restriktiven Kurs ein; das Anwachsen der Geldmenge verringerte sich, die Zinsen stiegen und Goldzuflüsse wurden neutralisiert. Daß diese nationale Maßnahme weltweite Auswirkungen haben konnte, lag nun eben an der Verzahnung der Wirtschaften durch den Goldstandard, insbesondere da Frankreich zur selben Zeit, infolge der Stabilisierung des Franc, Gold absorbierte. Aber es lag auch an den Folgen des nun einsetzenden Rückzugs amerikanischer Auslandskredite, welcher die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der betroffenen Länder erhöhte.<sup>33</sup> So konnte, nach Eichengreen, "ein kleiner Schwanz mit einem großen Hund wedeln."<sup>34</sup>

Die Neutralisierung von Gold seitens der USA und Frankreichs verminderte die Reserven der übrigen Staaten und zwang ihnen gleichfalls eine deflationäre Politik auf, um ihre Goldparitäten stabil zu halten. Darin lag zugleich der dem Goldstandard innewohnende Deflationsmechanismus: "The asymmetry of the gold standard forced countries lacking reserves to con-

---

<sup>32</sup> Vgl. dazu insbesondere **Jarchow/Rühmann** (1993), Kap. I-III und **Dieckheuer** (1995), Kap. G-2.1 - G-3.2.

<sup>33</sup> Vgl. **Temin** (1989), S. 22 f., **Eichengreen** (1992), S. 221, **Foreman-Peck** (1995), S. 222 und **Bernake** (1995), S. 6.

<sup>34</sup> **Eichengreen** (1992), S. 221, eigene Übers.

tract more than reserve-rich countries expanded."<sup>35</sup> Die Abhängigkeiten anderer Länder von amerikanischen Krediten und die mit deren Ausbleiben einhergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind jedoch nationalen Ursprungs. Diese Probleme sind mangelhafter Anpassung der jeweiligen Wirtschaften an den internationalen Wettbewerb zuzuschreiben.<sup>36</sup>

Wenn auch von der Spekulation bzw. dem Börsenkrach weit geringere Wirkungen ausgingen, als allgemein angenommen, so blieb er dennoch nicht ohne Folgen. Der privater Wohlstand verminderte sich um zehn Prozent und die Schulden der Haushalte relativ zu ihrem Vermögen stiegen an, außerdem erhöhte er die Unsicherheit über die Zukunft, so daß die Konsumenten den Erwerb teurer Güter und speziell den Erwerb langlebiger Konsumgüter einschränkten. Gerade letztere hatten indes nach dem Ersten Weltkrieg an Bedeutung gewonnen.<sup>37</sup> Erschwerend kam auch eine ungleiche Einkommensverteilung hinzu. So bezogen in den USA fünf Prozent der Bevölkerung ein Drittel der individuellen Einkommen. Ein verändertes Konsum- und Investitionsverhalten dieser Gruppe blieb folglich nicht ohne Konsequenzen auf die Gesamtnachfrage.<sup>38</sup> Der Beginn der Weltwirtschaftskrise läßt sich also durch eine bereits bestehende Krise auf dem Rohstoff- und Agrarmarkt, einen unflexibel gewordenen Arbeitsmarkt, einen Rückgang der internationalen Kreditvergabe mit einhergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten, einen Nachfragerückgang und einen durch Goldhortung und Goldstandard implizierten Deflationsdruck kennzeichnen.

Bernake macht auch noch auf einen anderen Zusammenhang zwischen Deflation und Kreditvergabe aufmerksam. Er bezieht sich dabei auf ein Principal-Agent-Modell, demzufolge bei Deflation der finanzielle Anteil des Schuldners an geplanten Investitionen sinkt, die Gefahr eines Handelns gegen die Interessen des Gläubigers steigt<sup>39</sup> und der Kreditsuchende daher erst gar keinen Kredit erhält. Investitionen müssen demzufolge teilweise unterbleiben.<sup>40</sup>

Temin weist auf zwei weitere Wirkungen allgemeiner Deflation hin, einen statischen und einen dynamischen Effekt. Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise sieht er den statischen oder auch Keyneseffekt dominieren: Ein Sinken der Nachfrage beeinflußt die Preise mehr als die Pro-

---

<sup>35</sup> Temin (1989), S. 33.

<sup>36</sup> Vgl. Eichengreen (1992), S. 222 f.

<sup>37</sup> Vgl. Temin (1989), S. 45 und Eichengreen (1992), S. 223.

<sup>38</sup> Vgl. Vergnes (1980), S. 3.

<sup>39</sup> Zum Bsp. hohe Risikobereitschaft oder verminderte Anstrengungen.

<sup>40</sup> Vgl. Bernake (1995), S. 17 f.

duktion; Depression wird durch Deflation substituiert. Demgegenüber steht der dynamische oder Mundelleffekt, dessen Wirkung er bei fortgeschrittener Krise als vorrangig betrachtet: Die Menschen erwarten, daß die Deflation sich fortsetzt und verschieben daher Käufe in die Zukunft, um von den dann niedrigeren Preisen zu profitieren. Außerdem schränken sie ihre Kreditaufnahme ein, da sie diese mit Geld zurückzahlen müßten, das relativ mehr wert ist. In diesem Fall wird Depression durch Deflation hervorgerufen.<sup>41</sup>

## **2.6 Die Bankenkrise - ein Problem mangelnder Liquidität**

Einen zweiten Markstein in der Weltwirtschaftskrise stellt die im Jahre 1931 beginnende Bankenkrise dar.<sup>42</sup> Gab es auch schon Ende 1930 Bankenschwierigkeiten in Paris,<sup>43</sup> so nahm die eigentliche Krise ihren Ausgang im Zusammenbruch der Creditanstalt, Österreichs größter Bank. Die enge Verstrickung der Bank mit der Industrie und deren Problemen sowie eine unbedachte Übernahme einer anderen Bank brachten die Creditanstalt in Schwierigkeiten. Als bedeutende offizielle Stützungsaktionen zur Rettung der Bank bekannt wurden, kam es zum "Run". Die notwendige Liquidität zur Bewältigung des Ansturms wurde durch mehrere internationale Anleihen beschafft, welche aber nicht ausreichten. Um der Lage Herr zu werden führte, die österreichische Regierung daher schließlich Devisenmarktkontrollen ein.

Da insbesondere deutsche Banken von der Krise in Österreich betroffen waren, schwappte die Krise auf Deutschland über, weil die Anleger in Erwartung weiterer Schwierigkeiten ihre Guthaben abzogen. Zwar versuchte die Regierung Brüning über Notverordnungen die Situation zu meistern, aber die innenpolitischen Unruhen und schließlich der Zusammenbruch einer deutschen Bank, der Danatabank, führten dennoch zu massenhaftem Abzug von Auslandsgeldern. Die internationale Gemeinschaft konnte sich aufgrund (kriegsverwurzelter) politischer Differenzen nicht auf Unterstützungsmaßnahmen einigen bzw. internationale Anleihen an die Reichsbank reichten nicht aus, um ihren Reservesatz von vierzig Prozent aufrechtzuerhalten; sie konnte die Geschäftsbanken nicht mehr mit Liquidität versorgen. Letztlich führte auch Deutschland Devisenmarktkontrollen ein.

Das nächste Land, das in den Strudel der Bankenkrise hineingezogen wurde war Großbritannien. Die Geschäftsbanken vieler kleinerer Länder verkauften aufgrund ihrer in Deutsch-

---

<sup>41</sup> Vgl. **Temin** (1989), S. 56 und S. 64.

<sup>42</sup> Vgl. **Foreman-Peck** (1995), S. 223, **Temin** (1989), S. 65 und **Grossman** (1994), S. 654.

<sup>43</sup> Vgl. **Kindleberger** (1973), S. 153.

land blockierten Kredite Pfund, um ihre Goldreserven aufzustocken; denn auch das Vertrauen in das Pfund war durch ein Budgetdefizit der britischen Regierung erschüttert, dessen Abbau innenpolitische Überlegungen erschwerten. Da auch die Bank von England in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit keine Zinserhöhungen veranlaßte, geriet das Pfund immer mehr unter Druck. Die Gold- und Devisenreserven nahmen rapide ab, ausländische Kredite verpufften ebenfalls schnell und im September 1931 gab die britische Regierung den Ausstieg aus dem Goldstandard bekannt.<sup>44</sup>

Die Ursache der Bankenkrise ist vor allem auf den Vertrauensverlust zurückzuführen, durch den sich die Krise nach dem Zusammenbruch einiger Banken fortpflanzte. Waren die ersten Zusammenbrüche auch tatsächlich durch erhebliche Verluste der Banken zustande gekommen, so war in der Folge erst der Abzug der Einlagen die Ursache für weitere Probleme. Ein selbsterfüllender Kreislauf stellte sich ein. Die ursprünglichen Verluste der Banken lassen sich mit unvorsichtiger und zu optimistischer Kreditvergabe erklären, die besonders zum Tragen kam, als bei Einbruch der Krise viele Firmen in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Diese Situation wurde tendenziell in Bankensystemen verschärft, die aus kleinen, unabhängigen und spezialisierten Banken bestanden.

Eine Zentralbank, die aufgrund der Bindung an den Goldstandard in den Möglichkeiten der Ausweitung der Geldmenge eingeschränkt war und die Banken daher nicht mit ausreichender Liquidität versorgen konnte, war ein weiteres destabilisierendes Element.<sup>45</sup> Im System des Goldstandards entstand durch das Eingreifen der Zentralbank vielmehr ein Automatismus, der den Bankensturm nur noch verstärkte. Denn weitete die Zentralbank noch an der unteren Grenze ihrer Reserven die Geldmenge aus, so schien das ein Signal dafür zu sein, daß der Stabilität des nationalen Bankensystems höhere Bedeutung beigemessen wurde als dem Erhalt der Goldparität. Abwertungängste stellten sich ein und die Kapitalflucht verstärkte sich. Auch ausländische Hilfe blieb wirkungslos: "The faster liquidity was injected, the faster it leaked back out."<sup>46</sup>

Felderer und Zalewski argumentieren, daß auch die Unsicherheit über zukünftige Zinsentwicklungen durch die Bankenkrise verstärkt wurde. Als Maß für die Zinssatzunsicherheit

---

<sup>44</sup> Vgl. **Kindleberger** (1973), S. 153 ff., **Foreman-Peck** (1995), S. 223 f. und **Temin** (1989), S. 65 ff.

<sup>45</sup> Vgl. **Vergnes** (1980), S. 3 und **Grossman** (1994), S. 655 ff.

<sup>46</sup> Vgl. **Eichengreen** (1994), S. 18 und **Eichengreen** (1992), S. 229.

verwenden sie eine Risikoprämie auf langfristige Anleihen; Änderungen dieser Risikoprämien sehen sie als Indikator für die allgemeine Unsicherheit an, und höhere Unsicherheit schließlich beeinflusst die Investitionsausgaben in erheblichem Maße.<sup>47</sup> Ein allgemeiner Effekt der Bankenkrise war jedoch, daß es während der Krise für die Firmen schwieriger wurde, Kredite zu erhalten; die Allokationsfunktion der Banken war gestört. Unternehmen konnten benötigte Kredite nicht erhalten und mußten Investitionen und andere Vorhaben unterlassen.<sup>48</sup>

## **2.7 Die zwischenstaatlichen Beziehungen - Protektionismus als Folge von Verständigungsschwierigkeiten**

Mangelnde internationale Kooperation bildete eine weitere Ursache der Bankenkrise bzw. sie verhinderte eine wirkungsvolle Bekämpfung und hatte somit Anteil am Zusammenbruch des Goldstandard.<sup>49</sup> Das Ausbleiben überzeugender internationaler Hilfsmaßnahmen bei Währungsstützungen erhöhte die Zweifel an der Stabilität der Wechselkurse und trug zu den Zusammenbrüchen der Währungen bei. Hätten die Reserven des gesamten Goldstandardsystems in Krisenfällen zur Verfügung gestanden, so hätten Geldmengenausweitungen keine Abwertungsängste hervorgerufen.<sup>50</sup>

Für die fehlende Zusammenarbeit sieht Eichengreen drei Ursachen. Erstens standen innenpolitische Beschränkungen dagegen, die es z.B. den Nutznießern hoher Zinsen ermöglichten, internationale Zinssenkungsabkommen zu sabotieren. Zweitens blockierten internationale politische Streitigkeiten, wie etwa die Reparationsfrage oder Kriegsschulden, produktive Verhandlungen. Drittens verhinderten unterschiedliche Auffassungen der Krisenbewältigung ein gemeinsames Vorgehen. Diese verschiedenen Ansichten entsprangen dabei vor allem den neueren geschichtlichen Erfahrungen. So war Deutschlands Politik von der Nachkriegsinflation geprägt, während in Großbritannien z.B. das Problem der Arbeitslosigkeit dominierte.<sup>51</sup>

Foreman-Peck leitet die mangelnde Zusammenarbeit aus dem Goldstandard ab, der in den vorangegangenen Jahren bei der Inflationsbekämpfung durch seinen Automatismus eine Kooperation nicht erforderlich gemacht hatte: "The gold standard shrank the area in which agree-

---

<sup>47</sup> Vgl. **Ferderer/Zalewski** (1994), S. 828 ff. und S. 847.

<sup>48</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 228.

<sup>49</sup> Vgl. **Eichengreen** (1994), S. 2.

<sup>50</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 229.

<sup>51</sup> Vgl. **Eichengreen** (1994), S. 13.

ment was necessary."<sup>52</sup> Kindleberger schließlich stellt nicht nur mangelnde Kooperation sondern fehlende Führerschaft fest. Er argumentiert, daß durch den Niedergang Londons als Finanzzentrum und das noch nicht in diese Rolle hineingewachsene New York eine Lücke entstanden war, die Koordination und Durchsetzungsfähigkeit der Pläne verminderte.<sup>53</sup> Da unter diesen Umständen keine internationale Expansionspolitik betrieben wurde, blieb nur noch die Möglichkeit, die nationale Wirtschaft abzuschirmen, um dennoch innerhalb des Goldstandards wirkungsvoll expandieren zu können. Protektionistische Maßnahmen erhöhten außerdem die Nachfrage nach inländischen Produkten; sie leiteten die Kaufkraft um. Internationale Wohlfahrtsverluste sind dabei jedoch unbelassen.<sup>54</sup> Allerdings trugen sie, wie auch Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung oder Schuldentrückzahlungsstopps dazu bei, die Weltwirtschaft auf einem niedrigeren, unkooperativen Niveau zu stabilisieren.<sup>55</sup>

Als Auftakt zur Ausbreitung des Protektionismus wird allgemein die Einführung des Smoot-Hawley Zollgesetzes im Jahre 1930 in den USA angesehen, wenn es auch selber als eine Folge der Krise betrachtet wird.<sup>56</sup> Ursprünglich als Unterstützungsmaßnahme für die amerikanischen Farmer gedacht, in Anbetracht der fallenden Agrarpreise, weitete sich das Gesetz infolge innenpolitischen Drucks auf weitere Produkte aus.<sup>57</sup>

Präsident Hoover unterzeichnete trotz zahlreicher internationaler Proteste die Gesetzesvorlage. Hierdurch löste sich eine Welle von Vergeltungsmaßnahmen aus,<sup>58</sup> "wobei jedes Land versuchte, den Deflationsdruck durch Importe zu parieren, und alle zusammen aber durch die wechselseitige Behinderung der Exporte gerade diesen hervorriefen."<sup>59</sup> Ein weiteres Problem stellte sich dadurch ein, daß die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Schuldnerstaaten weiter vergrößert wurden, da diesen die Begleichung ihrer Schulden durch Exporte erschwert wurde.<sup>60</sup>

---

<sup>52</sup> Vgl. **Foreman-Peck** (1995), S. 221.

<sup>53</sup> Vgl. **Kindleberger** (1973), S. 308 ff.

<sup>54</sup> Vgl. **Temin** (1989), S. 46 und **Eichengreen** (1992), S. 230 f.

<sup>55</sup> Vgl. **Foreman-Peck** (1995), S. 228.

<sup>56</sup> Vgl. **Bairoch** (1994), S. 17 f., **Temin** (1989), S. 46, **Kindleberger** (1973), S. 138, **Eichengreen** (1992), S. 230 f., **Rothermund** (1993), S. 49 und **Foreman-Peck** (1995), S. 198 f.

<sup>57</sup> Vgl. **Kindleberger** (1973), S. 78, **Foreman-Peck** (1995), S. 198 f.

<sup>58</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 230, **Kindleberger** (1973), S. 137 f., **Bairoch** (1994), S. 18 und **Foreman-Peck** (1995), S. 199.

<sup>59</sup> **Kindleberger** (1973), S. 307.

<sup>60</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 231.

Dafür, daß diese protektionistische Welle eine derart große Wirkung entfaltete - zwischen 1929 und 1932 ging der Wert des Welthandelsumsatzes um ungefähr 60 Prozent zurück, wird vor allem ein Wandel und eine Perfektionierung bei den protektionistischen Instrumenten als ursächlich angesehen. Der zunehmende Ersatz von Zöllen durch Kontingente und Importlizenzen war zwar in Anbetracht der massiven Preisverfälle effektiver, aber durch fortgesetzte Gegenmaßnahmen wurde der Handel immer weiter ausgeschaltet.<sup>61</sup>

## **2.8 Die Abwertungen und der Aufschwung - eine Folge der Befreiung von den Zwängen des Goldstandards**

Neben Protektionismus und anderen regulierenden Eingriffen in die Wirtschaft, stellte auch der Ausstieg aus dem Goldstandard eine Lösung dar, um ein Land von den engen Bindungen des internationalen Systems zu befreien. Durch eine Abwertung der Währung verbesserte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit, das Exportvolumen nahm zu und Importe reduzierten sich; es kam zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz. Dieser Mechanismus wurde natürlich durch Abwertungen anderer Länder abgeschwächt, aber aufgrund der Loslösung vom Goldsystem brauchten die Regierungen und Zentralbanken bei der Wahl ihrer Politiken keine Rücksicht auf Folgen für die Zahlungsbilanz und den Wechselkurs zu nehmen. Einem freien Einsatz von Expansionspolitiken stand der Weg offen.<sup>62</sup>

Oftmals waren die Länder jedoch weiterhin in der Goldstandardmentalität gefangen und tendierten infolgedessen eher zu deflationärer als zu expansiver Politik. In diesem Falle gestaltete sich eine Abwertung als "beggar-thy-neighbour" Politik, da sie gegenüber den Goldblockländern Exporte erleichterte, aber gleichzeitig die Nachfrage auf heimische Produkte umleitete. Die Goldblockländer sahen sich also einem zunehmenden Abfluß von Gold und Kapital gegenübergestellt, der ihre Probleme weiter verschärfte und sie zu weiteren Deflationsbemühungen oder protektionistischen Schritten gezwungen waren.<sup>63</sup> Eichengreen sieht das Problem aber eher darin, daß nicht alle Länder ihrerseits mit Abwertung reagiert haben.<sup>64</sup>

Eine weitere Konsequenz der Abwertungen liegt für Temin darin, daß sie ein deutliches Signal seitens des Staates aussandte, daß die kontraktive Politik aufgegeben wird. Die Erwart-

---

<sup>61</sup> Vgl. **Bairoch** (1994), S. 24, **Foreman-Peck** (1995), S. 199 und **Jarchow/Rühmann** (1993), S. 104.

<sup>62</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 232 und **Temin** (1989), S. 74.

<sup>63</sup> Vgl. **Temin** (1989), S. 80 sowie 74 f. und **Eichengreen** (1992), S. 232 f.

<sup>64</sup> Vgl. **Eichengreen** (1992), S. 234.

ungen der Menschen änderten sich folglich, und Investitionen wurden angeregt. Die Abwärts- spirale aus sich selbstbestätigenden und politisch untermauerten pessimistischen Erwartungen wurde unterbrochen.<sup>65</sup>

Der Ausstieg aus dem Goldsystem wird generell als der Wendepunkt betrachtet, dem die Er- holung folgte,<sup>66</sup> wenngleich der Umschwung der Krise durch geschrumpfte Kapitalstöcke und zuvor unterlassene Investitionen erschwert wurde.<sup>67</sup> Einen möglichen inneren Zusammenhang zwischen der Entscheidung, aus dem Goldstandard auszuscheren, und der anschließenden Besserung sieht Bernake nicht gegeben, da die entsprechenden Entscheidungen infolge äußeren und inneren politischen Drucks sowie wirtschaftlich-philosophischer Überlegungen getroffen wurden. Da bei einer vermuteten Interdependenz außerdem zu erwarten wäre, daß gerade die wirtschaftlich schwächsten Länder als erste ausstiegen, steht eine nachfolgende relativ schnellere und stärkere Erholung der ausgestiegenen Länder dieser Überlegung en- tgegen.<sup>68</sup>

---

<sup>65</sup> Vgl. **Temin** (1989), S. 91 ff.

<sup>66</sup> Vgl. **Bernake** (1995), S. 11, **Eichengreen** (1992), S. 232, **Foreman-Peck** (1995), S. 229 und **Temin** (1989), S. 89.

<sup>67</sup> Vgl. **Temin** (1989), S. 105 und 112.

<sup>68</sup> Vgl. **Bernake** (1995), S. 11 f.

### **3. Die Krise in Frankreich - eine Darstellung anhand der relevanten Indikatoren und Einflußfaktoren**

#### **3.1 Die Industrieproduktion - Auf und Ab mit der Auslandsnachfrage**

Wie bereits in den vorhergehenden Kapiteln gesehen, läßt sich der Beginn der Weltwirtschaftskrise nicht auf ein bestimmtes Datum wie etwa den Schwarzen Freitag fixieren. Nimmt man als einen wichtigen Indikator zur Darstellung des Gesamtbildes der Wirtschaftstätigkeit eines Landes den Index der Industrieproduktion,<sup>69</sup> so stellt man für Frankreich jedoch fest, daß der Abwärtstrend im Mai 1930 einsetzte.<sup>70</sup> Damit folgte Frankreich allerdings den übrigen Ländern wie Deutschland, den USA oder Großbritannien mit einigen Monaten Abstand.

#### **Abbildung 1: Die Produktion\* in Frankreich (1913 = 100)**

[Platzhalter für Kopie]

\* Bergbau und Industrie, Quelle: Lee (1991), S. 127

Das Frühjahr 1930 bildete somit den Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Rezession, welche im Jahre 1932 ihre Talsohle erreichte. Zu diesem Zeitpunkt war die Industrieproduktion Deutschlands und der USA um die Hälfte gesunken und diejenige Frankreichs hatte immerhin um rund ein Drittel abgenommen. Das Produktionsniveau Frankreichs war somit auf das Niveau des Jahres 1913 zurückgefallen.<sup>71</sup> Nach einer vorübergehenden Erholung erfolgte ein erneuter Produktionsrückgang in Frankreich, der seinen Tiefpunkt im Jahre 1935 hatte, wo er sich abermals auf ungefährem Vorkriegsniveau befand.<sup>72</sup>

#### **Abbildung 2: Die Produktgruppen**

[Platzhalter für Kopie]

Quelle: o.V. (1933), S. 164

Genauere Rückschlüsse läßt ein derart allgemeiner Index natürlich nicht zu, da in ihn viele Produkte nicht mit aufgenommen sind und einzelne sektorielle Entwicklungen verdeckt werden. Betrachtet man daher die Indizes einzelner Produktgruppen,<sup>73</sup> so stellt man fest, daß sich

---

<sup>69</sup> Siehe **Abb. 1.**

<sup>70</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 654.

<sup>71</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 45 f.

<sup>72</sup> Vgl. **Nogaro** (1936), S. 79.

<sup>73</sup> Siehe **Abb. 2.**

in Frankreich der Ausbruch der Rezession auf einen Zeitraum von zwei Jahre erstreckte. So ging die Produktion von Leinen und Seide bereits im zweiten Quartal des Jahres 1928 zurück, während der Umschwung für Papier und Bau erst im zweiten Quartal 1932 eintrat.<sup>74</sup>

Neben der Landwirtschaft, die später noch betrachtet wird, hatten vor allem die Schwer- und die Textilindustrie einen gewichtigen Einfluß auf das Produktionsniveau. Infolge des Wiederaufbaus und der Eingliederung Elsaß-Lothringens waren in ersterer die Produktionskapazität nach dem Ersten Weltkrieg stark angewachsen. Inflation und der daraus resultierende leichtere Schuldenabbau hatte eine Neuausstattung der Industrie auf hohem technischen Niveau ermöglicht.

Konnten die nach dem Abschluß des Wiederaufbaus in Frankreich frei werdenden Kapazitäten zu Beginn noch durch Exporte ausgelastet werden, so verlor Frankreich mit dem Ausstieg der anderen Länder aus dem Goldstandard den Vorteil des bis dahin unterbewerteten Franc; die Investitionen wurden nicht mehr amortisiert und die starke Konzentration der Schwerindustrie führte zu monopolistischen Effekten der Preisaufrechterhaltung, so daß der Produktionsverfall sich noch verstärkte. Ein ähnlicher Hergang fand auch in der chemischen Industrie statt.<sup>75</sup>

Die Entwicklung in der Textilindustrie ist durch ihre stark klein- und familienbetrieblich geprägte Struktur gekennzeichnet. Ihr Absatzmarkt lag vor allem im Bereich hochwertiger Luxus- und Modeprodukte, da dort eine geringe Technisierung erforderlich war und die preiswert zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte genutzt werden konnten. Diese Industrie war aber infolge des unbedeutenden Heimatmarktes besonders stark von Exporten abhängig. So stellte die Seidenindustrie mit einem siebzigprozentigen Exportanteil ihrer Produktion die führende Exportindustrie des Landes dar.

Als die Konkurrenz durch Kunstfasern zunahm, allgemein die Ausgaben für Luxusgüter in der Weltwirtschaftskrise sanken und der Franc nach 1931 nicht abgewertet wurde, brach auch in diesem Produktionszweig die Fabrikation zusammen.<sup>76</sup> Produktionsrückgänge sind in Frankreich also besonders auf die exportabhängigen Industrien zurückzuführen.

---

<sup>74</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 654 f.

<sup>75</sup> Vgl. **Kemp** (1972), S. 86 ff. und **Debeir** (1980), S. 633 f.

<sup>76</sup> Vgl. **Kemp** (1972), S. 91 ff., **Kemp** (1971), S. 87 und **Pommery** (1933), S. 431.

### 3.2 Die Arbeitslosigkeit - schwache Ausprägung oder statistische Mängel?

Dieser Indikator ist für Frankreich aufgrund äußerst mangelhafter statistischer Erhebungen nur begrenzt aussagekräftig, denn in den amtlichen Statistiken wurden nur unterstützte Arbeitslose geführt. Die Unterstützung wurde aber nicht von einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung gewährt, sondern von gemeindlichen Unterstützungsfonds, die es größtenteils erst in Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern gab. Um dort als arbeitslos eingestuft zu werden, mußten zudem noch eine Reihe von Kriterien erfüllt werden, und der Wohltätigkeitscharakter dieser Fonds hielt überdies Arbeiter davon ab, sich dort eintragen zu lassen.<sup>77</sup>

Eine amtliche monatliche Erhebung, die auch die wöchentliche Arbeitszeit erfaßte, wurde erst im Jahre 1931 eingeführt. So zeigte sich dann, daß 1931 weit unter der Hälfte aller Beschäftigten die normale Arbeitszeit leistete. Es bestand also hohe teilweise Arbeitslosigkeit.<sup>78</sup> Da Frankreichs Industrie in den Jahren vor der Krise auf die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte angewiesen war, aufgrund von schwachen Geburtenjahrgänge, Kriegsverlusten und der Bindung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft, wurde mit Einbruch der Krise die Arbeitslosigkeit mit der Rückkehr dieser ausländischen Arbeiter zum Teil etwas abgeschwächt. Rechnet man die teilweise Arbeitslosigkeit und die Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer auf die Lohn und Gehalt beziehende Bevölkerung um, so ergibt sich für die Zeit von 1930-31 eine Arbeitslosenquote von ungefähr zehn Prozent.<sup>79</sup>

Eine weitere wichtige Komponente bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit stellte die starke Verbindung der städtischen Arbeitskräfte mit dem Land dar. In Frankreich fanden gewerbliche Arbeitslose in der Landwirtschaft leichter eine Beschäftigung, die ihnen bessere Bedingungen bot als die geringe Unterstützung der städtischen Gemeinden.<sup>80</sup> Hierin läßt sich auch ein Grund für nach unten unflexible Löhne sehen.

Geben die statistischen Zahlen also auch kein vollständiges oder verlässliches Bild ab, so kann man ihnen doch Tendenzen entnehmen. Vergleicht man die mit denselben Unzulänglichkeiten behafteten Zahlen von 1932 mit denen vorhergehender Krisen, so steht die Zahl von 250 000 Arbeitslosen im Jahre 1932 der Zahl von etwas über 80 000 Arbeitslosen in den Krisenjahren

---

<sup>77</sup> Vgl. **Salais** (1987), S. 256, **Pavoine** (1994), S. 51, **Nogaro** (1936), S. 6 und **Pommery** (1933), S. 426.

<sup>78</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 656 und **Pommery** (1933), S. 428.

<sup>79</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 656 und **Kemp** (1972), S. 94.

<sup>80</sup> Vgl. **Pommery** (1933), S. 428.

1920/21 und 1926/27 gegenüber.<sup>81</sup> Erst im Jahre 1936 wird mit der Anzahl von 434 000 unterstützter Arbeitsloser ein Höhepunkt erreicht. Demgegenüber war der Höchststand der Arbeitslosigkeit in England im Jahre 1932 mit 2 817 000 registrierten Arbeitslosen, in Deutschland im selben Jahr mit 5 580 000 Arbeitslosen und in den USA im Jahre 1933 mit 12 830 000 geschätzten Arbeitslosen erreicht.<sup>82</sup>

### 3.3 Die Entwicklung der Einkommen - steigende Löhne und sinkende Gewinne

Ausgehend vom Volkseinkommen Frankreichs<sup>83</sup> soll im folgenden seine Aufteilung in der Krise betrachtet werden. Wie schon gesehen, war die Arbeitslosenunterstützung in Frankreich zu der damaligen Zeit sehr schwach ausgebaut, so daß bei einem in Arbeitslosigkeit mündendem Produktionsrückgang die Arbeitslosen die Hauptleidtragenden waren.

#### Abbildung 3: Das französische Volkseinkommen (In konstanten Francs, 1938 = 100)

[Platzhalter für Kopie]

Quelle: Bouvier (1984), S. 33

Die Löhne und Gehälter sanken zwar zwischen 1930 und 1935 nominal etwas ab, aber da das Preisniveau im selben Zeitraum schneller fiel,<sup>84</sup> stiegen die Löhne (und folglich die Lohnkosten) dennoch real an. So war die Kaufkraft eines Stundenlohnes im Jahre 1932 um zehn Prozent gegenüber 1929 gestiegen. Infolge einer verringerten Arbeitszeit war die Kaufkraft der Masse der Gehaltsempfänger im gleichen Zeitraum jedoch um zehn Prozent gesunken.<sup>85</sup> Die hohe teilweise Arbeitslosigkeit in Frankreich läßt sich somit als Kompensation der relativ hohen Lohnkosten sehen.

Demgegenüber waren die Gewinne mit der Produktionsschrumpfung gefallen, verstärkt noch durch den Preisrückgang.<sup>86</sup> So fiel die Dividendenausschüttung zwischen Mai 1930 und Mai 1933 um 46 Prozent und betrug auf ihrem niedrigsten Stand, nach einer vorübergehenden Stabilisierung in den Jahren 1933/34, nur noch 48 Prozent ihres vormaligen Niveaus.<sup>87</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. **Pommery** (1933), S. 426.

<sup>82</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 51.

<sup>83</sup> Siehe **Abb. 3**.

<sup>84</sup> Siehe **Abb. 4**.

<sup>85</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 53 ff.

<sup>86</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 658 f. und **o.V.** (1933), S. 165.

<sup>87</sup> Vgl. **Caron/Bouvier** (1980), S. 657.

**Abbildung 4: Die Löhne und Preise\***

[Platzhalter für Kopie]

\* Löhne obere Linie, Quelle: Pavoine (1994), S. 55

**3.4 Der Verfall der Preise - externe Auslösung und deflationistische Politik**

Wie auch bei der Industrieproduktion war an der Entwicklung der Preise der Beginn der Krise frühzeitig zu erkennen. Waren die Preise nach der Stabilisierung des Franc im Jahre 1926 weitgehend gefestigt, so setzte im Frühjahr 1929 der Verfall der Großhandelspreise ein, einige Monate vor dem Börsenkrach an der Wall Street.<sup>88</sup> Doch auch wie bei der Industrieproduktion erstreckte sich der Preisumschwung, entsprechend der verschiedenen Produkte, auf einige Monate. Von dem Preisverfall zuerst betroffen waren die eng mit dem Weltmarkt verbundenen Rohstoffe und Textilien, bei denen der Abschwung schon 1928 begann, während die Agrarpreise z.T. bis über das Jahr 1931 hinaus stabil blieben und auch die chemische Industrie erst später Preisrückgänge zu verzeichnen hatte.<sup>89</sup> Setzte bei den Agrarpreisen der Verfall auch später ein, so fielen sie bis zum Jahre 1935 dann aber um bis zu 40 Prozent und die Krise dauerte im Vergleich zu anderen Ländern länger.<sup>90</sup>

Der allgemeine Tiefstand der Preise in Frankreich war im Sommer 1935 erreicht. Hingegen war er in den USA, mit ihrer früheren Abkehr von der Deflationspolitik, bereits zum Ende des Jahres 1932 durchschritten.<sup>91</sup> Hier läßt sich auch wieder der Bogen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit spannen, die ihren Höchststand jeweils in den Jahren hatte, die den Preistiefständen folgten.

**Abbildung 5: Die Groß- und Einzelhandelspreise\***

[Platzhalter für Kopie]

\* Index der Großhandelspreise (durchgezogene Linie) und der Einzelhandelspreise (Rauten) in Paris, Basis 100 im Jahre 1914, Quelle: Pavoine (1994), S. 49

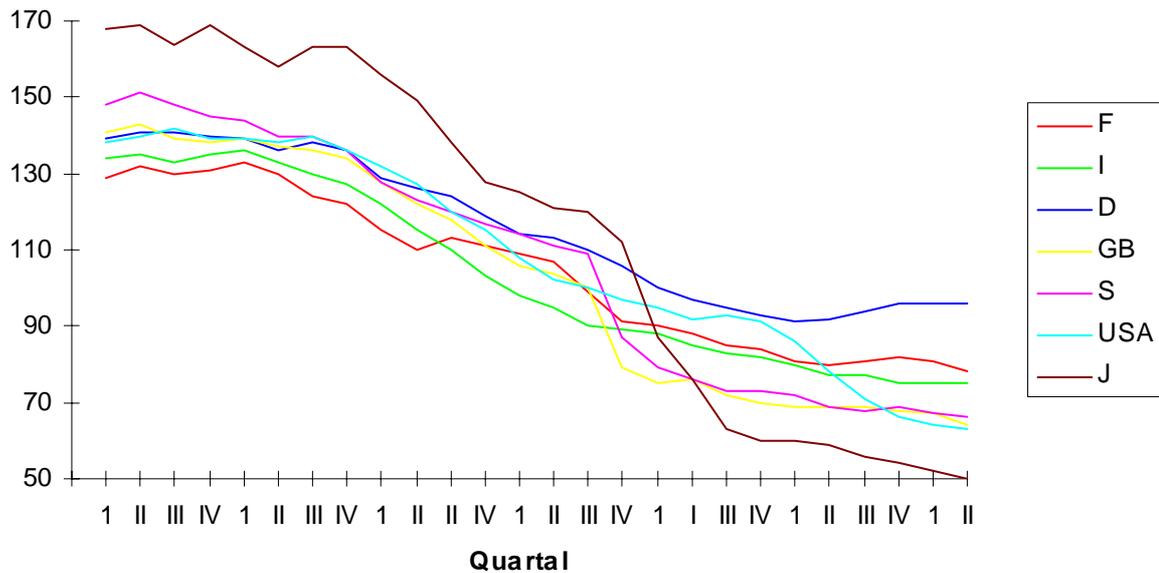
---

<sup>88</sup> Siehe **Abb. 5**.

<sup>89</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 47, **Marseille** (1980), S. 650, **Nogaro** (1936), S. 74 f., **Rist** (1931), S. 462 und **Rist** (1933), S. 329.

<sup>90</sup> Vgl. **Barral** (1980), S. 834.

<sup>91</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 49 f., siehe **Abb. 6**.

**Abbildung 6: Die Großhandelspreise (1913/14 = 100)**

Quelle: Dugé de Bernonville (1934), S. 7ff.

### 3.5 Die Verminderung des Außenhandels - Rückzug auf einen schwachen Kolonialmarkt

Ein wichtiges Merkmal der Weltwirtschaftskrise ist auch der internationale Handel. Mit den sich gegen 1929 einstellenden Exportschwierigkeiten sah sich Frankreich einem exogenen Problem der verminderten Kaufkraft des Auslandes konfrontiert. Ihre Rückwirkung auf das inländische Produktionsniveau wurde bereits aufgezeigt. Doch auch die Entwicklung des Außenhandels verlief nicht einheitlich. So sank die Ausfuhr von Textilien bereits ab 1927, während der Export der Maschinen- und Mechanikindustrie zwischen 1926 und 1929 noch um 120,5 Prozent zunahm. Zu Beginn des Rückgangs vollzog sich vor allem eine wertmäßige Verringerung; die Exporte in Volumen gemessen sanken allgemein erst etwas später, im Jahre 1930.<sup>92</sup> Dies ist vor allem auf erhebliche Preisnachlässe seitens der französischen Exporteure zurückzuführen,<sup>93</sup> eine Maßnahme, die sich, wie schon gesehen, negativ auf die Gewinnentwicklung auswirkte.

Zwischen 1929 und 1932 sanken die Ausfuhr Frankreichs (in Geldeinheiten) um 60 Prozent, gegenüber einem Rückgang von 56 Prozent in Deutschland, 43 Prozent in Großbritannien und 70 Prozent in den USA. Während sich der starke Rückgang in den USA durch den

<sup>92</sup> Vgl. o.V. (1933), S. 160 und Marseille (1980), S. 653 f.

<sup>93</sup> Vgl. Marseille (1993), S. 60.

Verfall der Rohstoffpreise erklären läßt, ist die Abnahme in Frankreich z.T. auf die stark gesunkene ausländische Nachfrage nach Luxusartikeln zurückzuführen; so ging der Export von Schmuck und Kunsterzeugnissen zwischen 1931 und 1934 um 75 Prozent zurück. Insbesondere auch die verminderte Konkurrenzfähigkeit der französischen Textilindustrie und teilweise die relativ starke Belastung der französischen Industrie durch Steuern und höhere Löhne trugen zu den Exportproblemen bei.<sup>94</sup>

Den größten Anteil am Rückgang der Exporte hatten aber der durch den weltweiten Produktionsrückgang bedingte geringere Bedarf an Vor- und Halbprodukten und aufgrund der Abwertungen der anderen Währungen die mangelnde Kaufkraft für die Fertigwaren. So lagen die französischen Preise im August 1935 um 21 Prozent über den Preisen in England.<sup>95</sup> Die Importe von Fertigprodukten hingegen konnten bis zu den Abwertungen der anderen Länder leicht finanziert werden. Bei den Rohstoffen und Agrarprodukten konnte Frankreich zudem von den gefallen Weltmarktpreisen profitieren. Ab 1932 machte sich aber auch bei den Importen von Rohstoffen die Verlangsamung der inländischen Produktion bemerkbar.<sup>96</sup>

Frankreich konnte allerdings einen Teil seines Außenhandelsproblems durch eine Intensivierung des Kolonialhandels kompensieren. So konnte sich die Textilindustrie dem kolonialen Absatzmarkt zuwenden, und auch ein Drittel der Exporte der chemischen und der Automobilindustrie fand dort seine Käufer. Nahm die Gesamteinfuhr Frankreichs zwischen 1929 und 1935 um rund 64 Prozent ab, so sank die Einfuhr aus den Kolonien im selben Zeitraum nur um etwa 25,5 Prozent; bei den Ausfuhren verhielt es sich ähnlich: Dort stand ein allgemeiner Rückgang von 69 Prozent einem Absinken der Ausfuhr in die Kolonien von 49 Prozent gegenüber. Neben dem engeren politischen Zusammenhalt innerhalb des Kolonialreiches erleichterte auch das gemeinsame Geldsystem den Handel. Außerdem war Frankreich während des Ersten Weltkrieges bemüht gewesen, Importe durch Kolonialprodukte zu ersetzen.<sup>97</sup> Diese Verlagerung bezog sich aber vor allem auf Rohstoffe und Agrarprodukte; eine weitergehende Industrialisierung der Kolonien war ihnen aus Furcht vor Konkurrenz verwehrt worden. So fehlten ihren Einwohnern denn auch in der Weltwirtschaftskrise die entsprechenden

---

<sup>94</sup> Vgl. **Pommery** (1933), S. 432, **o.V.** (1933), S. 160, **Pavoine** (1994), S. 55 und **Marseille** (1993), S. 62.

<sup>95</sup> Vgl. **Girault** (1980), S. 755 f.

<sup>96</sup> Vgl. **Girault** (1980), S. 753.

<sup>97</sup> Vgl. **Laufenburger** (1936), S. 11 f. (z.T. eigene Berechnungen) und **Pavoine** (1994), S. 55 f.

substantiellen Einkommen, um für die französischen Exporte einen soliden Absatzmarkt zu bilden.<sup>98</sup>

Ein gewisses Ungleichgewicht zwischen dem Handelsdefizit gegenüber den entwickelten Industrieländern und dem Anstieg des Handels mit den unterentwickelten Ländern und den Ländern Osteuropas machte Frankreich zu einem "Zwischenhändler".<sup>99</sup> Ein weiterer Grund für den allgemeinen Rückgang des internationalen Handels spielte auch der zunehmende Protektionismus. So stieg in England während der Krise der Zollschatzkoeffizient<sup>100</sup> von 10,8 Prozent im Jahre 1929 auf rund 30 Prozent im Jahre 1934 an. Totalitäre Länder wie Italien schränkten den Außenhandel noch weitgehender ein. Der Zollschatzkoeffizient Frankreichs stieg von 13 Prozent im Jahre 1929 auf 29 Prozent im Jahre 1935. Es führte zudem umfangreiche Kontingentierungen ein, die aber teilweise nur eine geänderte geographische Verteilung der Handelspartner zur Folge hatte. War vor der Krise die USA der größte Lieferant und Großbritannien der erste Kunde, so nahm im Jahre 1935 Algerien diese beiden Plätze ein. Die nichtkolonialen Importe Frankreichs sanken bis zum Jahre 1935 denn auch auf ein Drittel ihres Wertes von 1929.<sup>101</sup>

### **3.6 Der Pariser Aktienmarkt - nur ein kleiner, vorsichtigerer Bruder der Wall Street**

Anders als bei der Entwicklung der Industrieproduktion oder der Preise, sind die Abläufe auf den Aktienmärkten eher eine Folge der Krise. Durch Deflation und Preisrückgang wurden die Kapitalwerte und die zukünftigen Ertragsaussichten der Unternehmen geschmälert, und demzufolge sank der Wert der Aktien. Aber die Kurssenkungen verdeutlichten auch den Umschwung des bis dahin grenzenlosen Optimismus.<sup>102</sup>

In Frankreich, wo die Spekulation durch die (unterbewertete) Stabilisierung des Franc ausgelöst worden war,<sup>103</sup> kam der Wendepunkt bereits zu Beginn des Jahres 1929.<sup>104</sup> Ein Beitrag dazu mag auch die sinkende Rendite der Aktien gewesen sein, so daß ertragsorientierte An-

---

<sup>98</sup> Vgl. **Girault** (1980), S. 756 f.

<sup>99</sup> Vgl. **Marseille** (1993), S. 64.

<sup>100</sup> "Die Beziehung zwischen den Zolleinnahmen und den Werten der eingeführten Waren." **Laufenburger** (1936), S. 13.

<sup>101</sup> Vgl. **Coomans** (1989), S. 188, **Pavoine** (1994), S. 56, **Laufenburger** (1936) S. 13 ff.

<sup>102</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 57.

<sup>103</sup> Vgl. **Rist** (1933), S. 634 und **Rist** (1931), S. 463.

<sup>104</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 653, **Pavoine** (1994), S. 57 und **o.V.** (1933), S. 162, siehe **Abb.** 7.

leger andere, risikolosere Anlageformen wählten, während Spekulanten u.U. nach New York wechselten, um von der anhaltenden Hausse an der Wall Street zu profitieren.<sup>105</sup>

### **Abbildung 7: Die Aktienkurse an der Pariser Börse (1913 = 100)**

[Platzhalter für Kopie]

Quelle: Pavoine (1994), S. 57

In den USA fand der Zusammenbruch erst über ein halbes Jahr später als in Paris oder London statt, da die Intensität und die Verbreitung der Spekulation stärker war. Es herrschte ein allgemeines Informationsdefizit oder einfaches Desinteresse bezüglich der wirtschaftlichen Grunddaten und den Geschehnissen an den Börsen in Europa.

Als sich auch dort der Umschwung schließlich einstellte, stürzten innerhalb einer Woche die Kurse um beinahe 40 Prozent und erreichten im Sommer 1932 ihren Tiefstand bei einem knappen Fünftel des Wertes von 1930.<sup>106</sup> Demgegenüber fielen die Kurse an der Pariser Börse im Laufe des Jahres 1929 nur um 15,5 Prozent, wobei abermals große Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren sichtbar wurden. Die Textilindustrie war auch hier wieder mit einem Rückgang ihrer Werte von über 26 Prozent nach den Außenhandelsgesellschaften am stärksten betroffen; die Werte letzterer sackten um 41 Prozent.<sup>107</sup> Doch auch bis zum Tiefpunkt der Pariser Börsenwerte 1932 fielen die Kurse im Gegensatz zur Wall Street lediglich um gut die Hälfte.<sup>108</sup> Mit dem Zusammenbruch der Pariser Bankenfirma Oustric infolge verfehlter Börsenspekulation zeigte sich jedoch ein Vorbote der im darauffolgenden Jahr stattfindenden großen Bankenkrise in Österreich und Deutschland.<sup>109</sup>

### **3.7 Der Staatshaushalt - konstante Ausgaben bei schrumpfenden Einnahmen**

Wie auch schon bei der Betrachtung der Arbeitslosigkeit stellt sich bei der Untersuchung des Staatshaushaltes ein statistisches Problem, da im Laufe der Zeit verschiedentlich die Veröffentlichungsformen geändert wurden und besonders bei den Ausgaben teilweise eine Zuord-

---

<sup>105</sup> Vgl. **o.V.** (1933), S. 162.

<sup>106</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 57.

<sup>107</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 653.

<sup>108</sup> Vgl. **Pavoine** (1994), S. 57.

<sup>109</sup> Vgl. **Bing** (1956), S. 16.

nung zu außerordentlichen Sonderbudgets erfolgte. Die Zahlen sind also im allgemeinen mit einer gewissen Ungenauigkeit behaftet.<sup>110</sup>

Der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen betrug vor der Weltwirtschaftskrise, d.h. im Jahre 1929, 16 Prozent und im Jahre 1938 27,5 Prozent. Diese Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Volkseinkommen während der Krise abnahm, während die Staatsausgaben konstant blieben oder sogar leicht stiegen. Jedoch änderte sich die Zusammensetzung der Ausgaben zwischen 1930 und 1938 derart, daß die "Lasten der Vergangenheit"<sup>111</sup>, d.h. die Tilgung der Schulden und die Kriegsrenten zusammen mit den Verteidigungsausgaben von 76,6 Prozent auf 45 Prozent zurückgingen. Investive Staatsausgaben, die "die Gegenwart und die Zukunft"<sup>112</sup> betrafen stiegen also gegen Ende der Weltwirtschaftskrise an.<sup>113</sup>

Ein gewichtiger politischer Faktor im Staatshaushalt verkörperte die Einstellung der Reparationszahlungen Mitte 1931 durch Deutschland und die darauffolgende Einstellung der Schuldentrückzahlung der französischen Regierung an die USA Ende 1932. Ein weiterer besonderer Punkt im französischen Staatshaushalt stellten die Zahlungen an die Invaliden und Hinterbliebenen des Ersten Weltkrieges dar. Durch eine immer weitergehende Ausdehnung der entsprechenden Gesetze stieg die Zahl der Empfänger bis in das Jahr 1933 noch an. Insgesamt machten diese Ausgaben allerdings nicht mehr als ungefähr zwei Prozent des Volkseinkommens aus, wobei jedoch eine schwerfällige Verwaltung die Belastung erhöhte. Dagegen war der Wiederaufbau im Jahre 1931 bereits weitestgehend abgeschlossen: die Kosten für die Aufbauhilfe waren also bedeutungslos geworden.<sup>114</sup> Insgesamt sind die Ausgaben, wie bereits angemerkt, indes konstant geblieben. Da die Einnahmen ab dem Jahre 1928 jedoch fielen, führte dies ab dem Jahre 1931 zu einem Budgetdefizit, das bis in den Zweiten Weltkrieg hinein fortbestand.<sup>115</sup> Die Auswirkungen dieses Defizits werden besonders im letzten Kapitel hervorgehoben.

---

<sup>110</sup> Vgl. **Oualid/Rivet** (1939), S. 456 f. und **Sauvy** (1965), S. 363 f.

<sup>111</sup> **Caron/Bouvier** (1980a), S. 812, eigene Übers.

<sup>112</sup> **Caron/Bouvier** (1980a), S. 813, eigene Übers.

<sup>113</sup> Vgl. **Caron/Bouvier** (1980a), S. 809 ff.

<sup>114</sup> Vgl. **Sauvy** (1965), S. 164 ff., 186, 195 f. und 207 f.

<sup>115</sup> Vgl. **Caron/Bouvier** (1980a), S. 814 und **o.V.** (1933), S. 165.

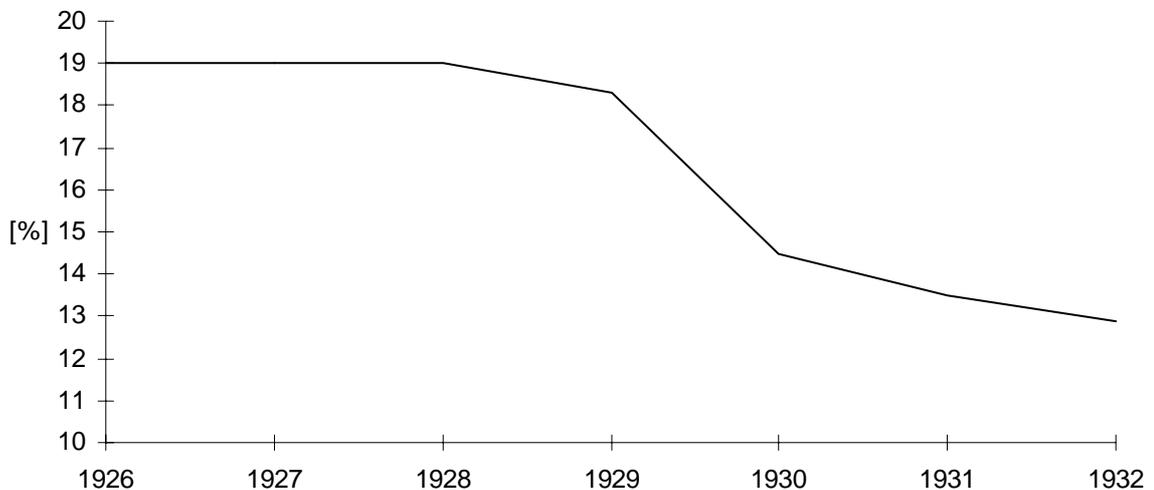
### 3.8 Die Landwirtschaft -

#### Autarkie und Konservatismus statt Konsum, Investitionen und Innovationen

##### 3.8.1 Ihre herausragende gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung

Wie schon in den vorherigen Kapiteln gesehen, kam der Landwirtschaft in Frankreich ein hoher Stellenwert zu. Hatte die Industrialisierung nach dem Ersten Weltkrieg auch rasche Fortschritte gemacht, so bestanden diese Fortschritte größtenteils nur aus der Wiederherstellung des Vorkriegsproduktionsniveaus. Die Landwirtschaft blieb ein wichtiger Faktor der französischen Wirtschaft. So machte die landwirtschaftliche Bevölkerung in Frankreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise etwa 40 Prozent aller Erwerbstätigen aus und war mit acht Millionen Bauern genauso stark wie der Anteil der Industriearbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung; dem Weizenanbau kam mit einem Wert der jährlichen Ernte von 10-12 Mrd. Franc in etwa die gleiche Bedeutung wie der Hüttenproduktion mit einem Wert von 12 Mrd. Franc zu. Infolgedessen hatten die Preisverfälle bei den Agrarerzeugnissen auch weitreichende Auswirkungen auf das nationale Konsum- und Investitionsverhalten.<sup>116</sup>

**Abbildung 8: Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen\***



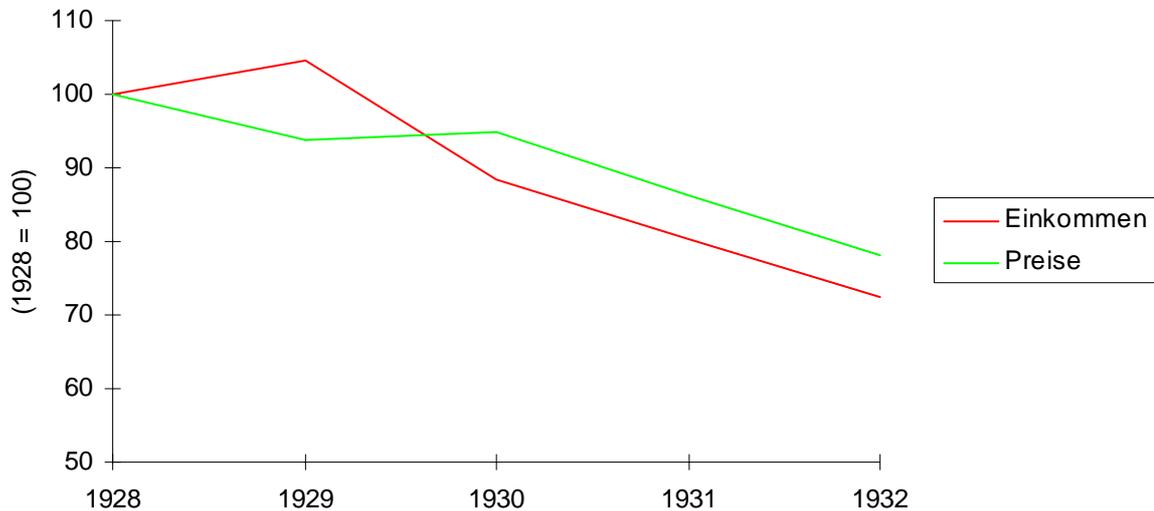
\* ohne Löhne und Gehälter, Quelle: o.V. (1933), S. 165

Da der Markt für Agrarerzeugnisse vornehmlich durch eine unelastische Nachfrage gekennzeichnet ist, werden Preisverfälle auch nicht teilweise durch einen größeren Umsatz ausgeglichen. Außerdem war Lagerhaltung in der damaligen Zeit für viele Agrarprodukte kaum mög-

<sup>116</sup> Vgl. **Pommery** (1933), S. 435 f., **George** (1972), S. 54 und **Kemp** (1971), S. 87, siehe **Abb.** 8 und 9.

lich und allgemein für die Kleinbauern zu teuer, so daß von dieser Seite eine Anpassung des Angebots schwierig war.

**Abbildung 9: Die Preise landwirtschaftlicher Produkte und landwirtschaftliche Nettoeinkommen\***



\* ohne Löhne und Gehälter, Quelle: o.V. (1933), S. 165

### 3.8.2 Eine rückständige Struktur

Das wohl grundlegende Kennzeichen der damaligen Landwirtschaft Frankreichs, war die ausgeprägte Autarkie der Bauernschaft. In Krisenzeiten konnte sie ihren Konsum weitgehend einschränken und sich selbst versorgen. Dieses Merkmal läßt sich vor allem auf eine veraltete Struktur der Landwirtschaft in Frankreich im Vergleich zu seinen Nachbarn zurückführen. Das vorherrschende System<sup>117</sup> war das der bäuerlichen Landwirtschaft, während in Frankreichs Nachbarländern bereits die betriebliche, effektivere Landwirtschaft überwog. Die damaligen Landwirtschaften befanden sich in einem Transformationsprozeß, in dem Frankreich noch nicht so weit vorangeschritten war. Sauvy stellt hierzu fest: "Das wesentliche Charakteristikum der französischen Landwirtschaft zu diesem Zeitpunkt ist also *eine Unterauslastung des Bodens, kombiniert mit einer Unterbeschäftigung der Menschen*. Es handelt sich, im wahren Sinn des Wortes, um Unterentwicklung."<sup>118</sup>

<sup>117</sup> Vgl. dazu insgesamt **George** (1972) und **Tassin** (1995).

<sup>118</sup> **Sauvy** (1965), S. 258, eigene Übers.

Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Systemen liegt im Einsatz der Produktionsfaktoren. Die bäuerliche Landwirtschaft ist durch eine starke Autarkieorientierung charakterisiert. Die wichtigste Quelle der Arbeitskraft stellt der Bauer und seine Familie dar; sie hat Fixkostencharakter, was auf eine Maximierung ihres Einsatzes und somit der Produktion hinausläuft. Die Größe des Hofes ist daher aber auch durch die Kapazität der familiären Arbeitskraft begrenzt. Das Anbausystem ist durch die Polykultur gekennzeichnet, um die Selbstversorgung zu gewährleisten und Risiken zu streuen.

Der Markt wird in diesem System hauptsächlich zum Absatz der überschüssigen Erzeugnisse in Anspruch genommen. Daher ist der Einsatz von gekauften, also betriebsfremden Produktionsfaktoren wie Traktoren, Chemiedünger, Pestiziden oder Hohertragssaatgut diesen Landwirtschaften konträr und widerspricht der Autarkiehaltung. Außerdem fehlen für derartige Käufe auch die finanziellen Mittel. Insgesamt ist die bäuerliche Landwirtschaft durch Tradition und Konservatismus geprägt.

Demgegenüber werden in der betrieblichen Landwirtschaft die Höfe nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Produktionsfaktoren und Arbeitskraft werden am Markt gekauft und die Erzeugnisse dort verkauft. Dabei stellt die Gewinnmaximierung das Ziel dar. Daher ist der Anbau durch die Ertragsaussichten bestimmt; es findet eine Spezialisierung statt, die teilweise zu Monokulturen bzw. Massentierhaltung führt. Die Größe des Hofes ist nur noch abhängig von der optimalen Faktorkombination.

Zwischen den beiden Weltkriegen läßt sich dieser Entwicklungsunterschied Frankreichs zu seinen Nachbarn beispielhaft am Einsatz von Stickstoff in der Landwirtschaft darstellen. So betrug der Hektarverbrauch in Frankreich nur 5-7 kg, während er sich in Deutschland auf 20 kg und in Belgien auf 30 kg pro Hektar belief. Bei Kaliumsalz stand ein Bedarf von knapp 10 kg in Frankreich einem Konsum von 37 kg in Deutschland und von fast 50 kg in den Niederlanden gegenüber. Die Verbreitung von Traktoren fand zudem in Frankreich in größerem Umfang erst nach dem Zweiten Weltkrieg statt. So lagen die Hektarerträge Frankreichs zwischen 1927 und 1931 bei den meisten Nutzpflanzen z.T. bis um die Hälfte unter derjenigen anderer europäischer Länder wie Belgien, Niederlande, England, Deutschland, Dänemark, Schweden und Österreich.<sup>119</sup>

---

<sup>119</sup> Vgl. zu letzterem **Sauvy** (1965), S. 252.

Die Dominanz der kleinen Bauernhöfe kann auch daran erkannt werden, daß 1931 über 55 Prozent der Bauernhöfe keine angestellten Arbeitskräfte hatten, während nur drei Prozent mehr als zehn Angestellte beschäftigten.<sup>120</sup> Die langsame Entwicklung in Frankreich läßt sich z.T. auf die weite Verbreitung des Teilzeitbauerntums zurückführen. Die durch Erbteilung immer kleiner werdenden Betriebsflächen zwangen viele Bauern, einer Nebenerwerbstätigkeit nachzugehen. Die Fortführung kleiner und finanzschwacher Betriebe konnte so gesichert werden, ohne daß eine Modernisierung erfolgte. Durch die allgemeine Aufrechterhaltung der Betriebe entfiel auch die Möglichkeit für andere Bauern, ihre Betriebe durch Zukäufe zu vergrößern und wirtschaftlicher zu machen.

Der langsame Fortgang in der Landwirtschaft führte zu immer größeren Disparitäten zwischen den Einkommen der Industriearbeitern und den Einkünften der Bauern. Es kam zu verstärkter Landflucht, die einerseits die Anzahl der Personen, die von den Erträgen der kleinen Bauernhöfe abhängig war, verminderte, aber andererseits besonders die innovationsfreudigere Jugend vom Land abzog. Vor allem in den ärmeren Landstrichen fand eine noch umfangreichere Landflucht statt, so daß dem dort eintretendem Arbeitskräftemangel durch ausländische Wanderarbeiter abgeholfen werden mußte.

### **3.8.3 Ihre Rolle in der Weltwirtschaftskrise - sinkende Nachfrage, aber Unterschlupf für Arbeitslose**

In der Weltwirtschaftskrise mit den starken Preisverfällen, auch bei den Agrarprodukten, konnte die landwirtschaftliche Bevölkerung die Einnahmeausfälle aufgrund ihres hohen Selbstversorgungsgrades durch Einschränkungen beim Konsum kompensieren. Dies traf natürlich die französische Industrie, die auch auf den Exportmärkten bereits erheblichen Schwierigkeiten gegenüberstand. Doch es wurde nicht nur der private Konsum eingeschränkt, auch der bereits geringe Einsatz gekaufter Produktionsfaktoren wurde reduziert.<sup>121</sup>

Allerdings konnte die bäuerliche Landwirtschaft, bei entsprechender Genügsamkeit, die aus den Städten zurückkehrenden entlassenen Industriearbeiter reintegrieren und versorgen bzw. arbeitslos gewordenen Teilzeitbauern einen Rückzug ermöglichen. Die ausländischen Landarbeiter wurden in diesem Fall verdrängt. So war im Jahre 1939 die Beschäftigung in der Land-

---

<sup>120</sup> Vgl. **Sauvy** (1965), S. 247, z.T. eigene Berechnungen.

<sup>121</sup> Vgl. dazu auch **Barral** (1980), S. 836.

wirtschaft höher als in den zwanziger Jahren.<sup>122</sup> Durch zunehmende protektionistische Maßnahmen geschützt, wurde eine Modernisierung bzw. eine schnellere Umstrukturierung der Landwirtschaft aufgrund des fehlenden Konkurrenzdrucks zudem verhindert.

### **3.9 Die Bevölkerungsentwicklung - älter, bescheidener, undynamischer**

Ein anderer spezifisch französischer Problempunkt stellt die Bevölkerungsentwicklung zwischen den beiden Weltkriegen dar. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern fand in Frankreich nur ein relativ geringes Wachstum statt. Dieses Manko äußerte sich vor allem in einer verhaltenen Urbanisierung und einer steigenden Überalterung der Bevölkerung - beides Bremsen für die Entwicklung des Massenkonsums, besonders, da die Wünsche einer älteren Bevölkerung gemäßiger sind.<sup>123</sup>

Doch nicht nur durch ihren bescheideneren Konsum stellte die Bevölkerung einen Nachteil für Frankreichs Wirtschaft dar; die relativ höheren sozialen Kosten einer älteren Bevölkerung verkörperten ebenfalls eine zusätzliche Belastung für die Gesellschaft. Auch eine Zurückhaltung in bezug auf technischen Fortschritt und das Festhalten an überkommenen Verhaltensweisen und Praktiken standen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs entgegen.<sup>124</sup> Durch das schwache Bevölkerungswachstum bestand in Frankreich auch eher ein Arbeitskräftemangel, so daß sich die Löhne nach dem Ersten Weltkrieg auf einem relativ hohen Niveau einstellen konnten.

---

<sup>122</sup> Vgl. **Foreman-Peck** (1995), S. 230.

<sup>123</sup> Vgl. **Marseille** (1980), S. 678 f., **Kemp** (1971), S. 87 und **Sauvy** (1972), S. 49.

<sup>124</sup> Vgl. **Sauvy** (1972), S. 48 ff.

#### 4. Die Krise und Frankreich - der Einfluß der Währung und der Politik

##### 4.1 Die Entwicklung bis zum Jahre 1931 - ein unterbewerteter Franc, restriktive Politik und Neutralisierung des umfangreichen Goldzuflusses

Die allgemeinen währungspolitischen Nachkriegswirren hatten mit der gesetzlichen Stabilisierung des Franc unter der Regierung Poincaré am 28. Juni 1928 ein Ende genommen. Der Franc war damit die letzte der großen europäischen Währungen, die stabilisiert wurde. Dieses Gesetz folgte der De-facto-Stabilisierung des Jahres 1926, als die Banque de France bereits ermächtigt worden war, auf dem Markt Gold und Devisen anzukaufen. Mit dem Gesetz des Jahres 1928 wurde der Franc bei einem Fünftel seines Vorkriegskurses fixiert. Es setzte die Goldparität des Franc fest, erlaubte aber keinen Ankauf von Devisen, wie dies von 1926 bis 1928 möglich war. Das heißt, es wurde eigentlich ein Goldstandard eingeführt, wenn auch Devisen weiterhin als Reserve gehalten wurden. Des weiteren legte das Gesetz eine Mindestdeckung des Franc durch Gold in Höhe von 35 Prozent fest, eine Zahl, die in den folgenden Jahren bei weitem überstiegen wurde. Außerdem wurden der Bank Offenmarktgeschäfte nur in beschränktem Maße erlaubt.<sup>125</sup>

Mit dieser Festsetzung des Franc war er deutlich unterbewertet - sein Niveau lag zwischen 10 und 25 Prozent unter dem Weltpreisniveau - und ein beständiger Gold- und Kapitalzufluß stellte sich ein.<sup>126</sup> Da dieser Goldzufluß neutralisiert wurde, stellte er in dem damaligen Golddevisenstandard für die übrigen Länder ein Problem dar. Sie wurden durch ihn gezwungen, restriktive Politiken anzuwenden, um den Wechselkurs ihrer Währung aufrechtzuerhalten. Dadurch wurde die wirtschaftliche Aktivität gebremst und ein Grundstein für die Krise gelegt.<sup>127</sup>

Der Zufluß von Gold nach Frankreich erhöhte die französischen Goldreserven zwischen 1927 und 1932 von 11 Prozent der Weltgoldreserven auf 28 Prozent. Die Golddeckung des Franc stieg dabei von 47 Prozent auf 78 Prozent.<sup>128</sup> Der beständige Zustrom von Gold führte bald dazu, daß Frankreich seine nach dem Ersten Weltkrieg gesunkenen Reserven wieder auf Vor-

---

<sup>125</sup> Vgl. **Plessis** (1993), S. 8, **Bing** (1956), S. 11 ff., **Temin** (1989), S. 18 und **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 22.

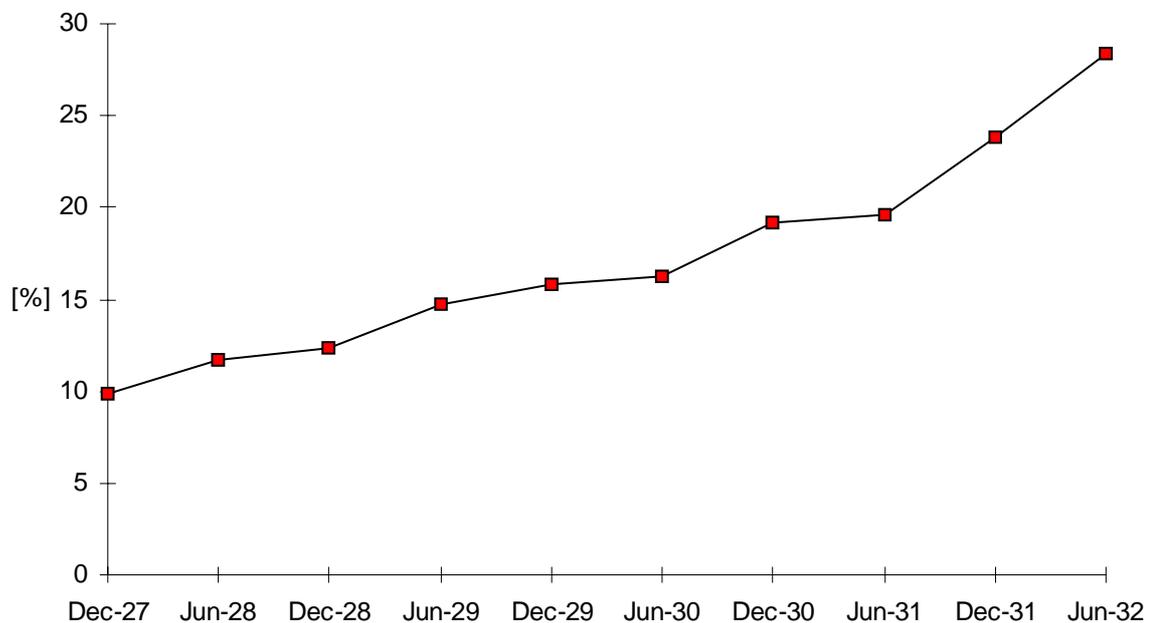
<sup>126</sup> Vgl. **Johnson** (1994), S. 468, **Temin** (1989), S. 19, **Bouvier** (1984), S. 44, **Plessis** (1993), S. 8 und **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 39.

<sup>127</sup> Vgl. u.a. **Eichengreen** (1992), S. 221 ff.

<sup>128</sup> Vgl. **Eichengreen** (1988), S. 104 und **Johnson** (1994), S. 456, siehe **Abb.** 10.

kriegsniveau aufgefüllt hatte. So konnte das Vertrauen in die Währung wiederhergestellt und Frankreichs Platz in der Weltwirtschaft gesichert werden.<sup>129</sup>

**Abbildung 10: Der Anteil Frankreichs an den Weltgoldreserven**



Quelle: Johnson (1994), S. 476 ff.

Durch seine Unterbewertung und seine neue Stabilität zog der Franc nicht nur zuvor ins Ausland gebrachtes heimisches Kapital an, sondern auch Fremdkapital. Der Zufluß des letzteren wurde besonders verstärkt, als sich in den anderen Ländern bereits Anzeichen der Krise erkennen ließen und auch, als sich Abwertungsängste gegenüber dem englischen Pfund einstellten.<sup>130</sup> Sicsic und Villeneuve bestreiten hingegen die Anziehungskraft Frankreichs für ausländisches Kapital. Sie weisen darauf hin, daß sich der Kapitalzustrom nach der Stabilisierung allein auf die Rückkehr französischen Kapitals zurückführen läßt. Durch Gegenüberstellungen der Zahlungsbilanzen vor der Stabilisierung und derjenigen danach zeigen sie, daß der vorherige Abfluß von Kapital dem späteren Zustrom entspricht. Dies bekräftigen sie durch die geringen dokumentierten Kapitalbewegungen an den Grenzen.<sup>131</sup>

Ein weiterer Grund für den Zufluß von Gold stellt die Anlage der Außenhandelsüberschüsse im Inland dar. Dies geschah vor allem, weil die Zinsunterschiede zu London oder New York

<sup>129</sup> Vgl. **Eichengreen** (1988), S. 106 und **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 26.

<sup>130</sup> Vgl. **Bouvier** (1984), S. 44 und 56 und **Villa** (1996), S. 21.

abgenommen hatten. Außerdem konnte eine gesteigerte französische Geldnachfrage aufgrund der nur eingeschränkt möglichen Offenmarktpolitik und des fixen Wechselkurses lediglich durch Kapitalimporte befriedigt werden. Da aufgrund des Gesetzes von 1928 die Banque de France nur noch Gold ankaufen durfte, fanden Kapitalimporte zudem ausschließlich in Form von Gold statt.<sup>132</sup>

Die Neutralisierung der Goldzuflüsse nach Frankreich hatte ihren Ursprung darin, daß die Banque de France das ihr angebotene Gold jeweils durch die Ausgabe eines entsprechenden Betrages an Franc kaufen mußte. Dadurch erhöhte sich ihre Goldreserve im Verhältnis eins zu eins, obwohl eigentlich nur eine Deckung von 35 Prozent nötig war. Eine diesem Umstand abhelfende, expansive Geldpolitik war der Banque de France wegen der ihr weitgehend verwehrten Offenmarktpolitik und eines schwachen Diskontmarktes erschwert.<sup>133</sup>

Die Diskontpolitik der Banque de France wurde durch die Bankensituation beschränkt. Die großen französischen Banken dieser Zeit befanden sich in einem Zustand der Überliquidität; sie hatten keine Schwierigkeiten, sich auf dem heimischen oder dem internationalen Markt zu refinanzieren. Dies wurde ihnen durch die günstige französische Zahlungsbilanz und den Zufluß kurzfristigen Kapitals erleichtert.<sup>134</sup> Überdies waren die Zinsraten auf dem Markt in London niedriger als der Diskontsatz der Banque de France, so daß es für die Banken vorteilhafter war, ihre Auslandsguthaben abzuziehen, um ihre Liquiditätsbedürfnisse zu stillen.<sup>135</sup>

Da die großen Unternehmen ihrerseits ebenfalls weitgehend unabhängig von den Banken waren und ihre Investitionen durch Gewinne oder den direkten Gang auf den Kapitalmarkt finanzierten,<sup>136</sup> waren die Wirkungen der Diskontpolitik weiter eingeschränkt. Diese direkte Finanzierung der Unternehmen auf dem Kapitalmarkt trug zu einer weiteren Erhöhung der Golddeckung des Franc bei. Denn wurden die französischen Wertpapiere durch den Import von Gold finanziert, so erhöhte sich dadurch der Goldvorrat der Banque de France. Die Kreditnachfrage der Unternehmen ging jedoch im selben Maße zurück, wie diese freie Finanzierung erfolgte. Die Geldnachfrage insgesamt blieb unverändert, nur die Geldversorgung

<sup>131</sup> Vgl. **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 36 ff.

<sup>132</sup> Vgl. **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 25 ff. und **Eichengreen** (1988), S. 106.

<sup>133</sup> Vgl. **Eichengreen** (1988), S. 106.

<sup>134</sup> Vgl. **Bouvier** (1984), S. 53 und 69.

<sup>135</sup> Vgl. **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 27.

<sup>136</sup> Vgl. **Coomans** (1989), S. 180 und **Villa** (1996), S. 21.

mittels Krediten wurde durch eine entsprechende Golddeckung ersetzt. Es resultierte daraus eine erhöhte Goldreserve bei unverändertem Geldangebot.<sup>137</sup>

Es lag aber nicht nur an den genannten Hindernissen, daß die Banque de France keine expansive Politik betrieb und Gold neutralisierte. Es war vielmehr die vorherrschende Überzeugung, daß Geld nicht gelenkt werden dürfte. In Frankreich herrschte aufgrund der Erfahrung der vorhergegangenen Jahre eine latente Inflationsangst und es bestand innenpolitischer Druck zugunsten einer restriktiven Politik. Eine Absenkung des Diskontsatzes unter ein gewisses Niveau war letztlich auch wegen der erforderlichen Rentabilität der Banque de France nicht möglich, da diese zu jener Zeit noch ein privates Unternehmen war. Überdies war der Franc bewußt auf einem leicht unterbewerteten Niveau stabilisiert worden, um eine Entwicklung ähnlich der britischen Stagnation zu verhindern.<sup>138</sup>

Doch zu der restriktiven Geldpolitik der Banque de France kam auch noch die restriktive Finanzpolitik der Poincaréregierung hinzu. Von orthodoxem Gedankengut geleitet, führte sie eine auf knappe Bilanzüberschüsse angelegte Finanzpolitik durch, womit das Vertrauen in die Stabilisierung des Franc erhalten und Kapitalflucht vermieden werden sollte. In der Situation von Vollbeschäftigung der französischen Wirtschaft gegen Ende der zwanziger Jahre war diese Politik auch erfolgreich.<sup>139</sup> Mit dem Anbruch der Krise zu Beginn der dreißiger Jahre änderte sich die Lage jedoch grundlegend und das Beibehalten der restriktiven Politik führte zu einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität.

#### **4.2 Der Fortgang bis zur Abwertung des Franc - steigende Zinsen durch isoliertes Festhalten an Gold**

Durch das spätere Einsetzen der Krise in Frankreich und anschließend durch die Abwertungen des Pfundes (1931) und auch des Dollars (1933), wurde der Franc real aufgewertet. Die bis dahin erleichterte Exportaktivität der französischen Wirtschaft fiel erheblich. Für den weiteren Fortbestand der Krise ist die bis zum Jahre 1935 anhaltende Überbewertung des Franc jedoch nicht verantwortlich, da sich im folgenden die Entwicklung des Außenhandels als weitgehend unabhängig vom Wert des Franc erwies. Mit dem Voranschreiten der Krise wurde vielmehr die Situation der französischen Wirtschaft ausschlaggebend für die Gestaltung des Außenhan-

---

<sup>137</sup> Vgl. **Villa** (1996), S. 19, Fußnote.

<sup>138</sup> Vgl. **Johnson** (1994), S. 469, **Sicsic/Villeneuve** (1993), S. 29 und 35, **Bouvier** (1984), S. 71 und **Plessis** (1993), S. 11.

dels. Die Überbewertung des Franc hatte jedoch einen Einfluß auf das Zinsniveau und zwar dadurch, daß sie Abwertungsängste auslöste und die Zinsen dadurch in die Höhe getrieben wurden.<sup>140</sup>

Doch mit dem zu Anfang der dreißiger Jahre auch allgemein wahrgenommenen Einzug der Krise in Frankreich verschlechterte sich nicht nur die Außenhandels- und die allgemeine Wirtschaftslage; die Banque de France und die französischen Regierungen blieben auch weiterhin bei ihrem kontraktiven Kurs. Das heißt, die Banque de France unternahm nichts, um das hohe Zinsniveau zu senken und die Regierungen bemühten sich weiterhin, ein ausgeglichenes Budget zu verwirklichen. Dies alles geschah zu einem Zeitpunkt, da die Wirtschaft sich weiter in die Depression bewegte.<sup>141</sup>

Die Bemühungen um ein ausgeglichenes Budget seitens der Regierungen trugen jedoch zu einem steigenden Mißtrauen bei, da die Regierungen mit wachsenden Problemen bei der Finanzierung ihrer Budgets konfrontiert wurden. So sahen sich die Regierungen seit 1932 ungewollten Budgetdefiziten gegenübergestellt. Sie zögerten daraufhin aber erst zu lange, bei noch niedrigen Zinsen, Staatsanleihen aufzulegen, aus Angst, dadurch eine Mißtrauenswelle auszulösen. Später jedoch griffen die Regierungen in ihrem Liquiditätsbedarf auf unklarere Methoden zurück, indem sie die Höchstgrenze für die Ausgabe von Schatzanweisungen anhoben oder mit ausländischen Banken über Anleihen verhandelten, wobei sie versuchten, dies von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Das Vertrauen sank infolgedessen natürlich weiter und die Zinsen stiegen, da sich die Furcht vor einer Kapitalbesteuerung, als letztes Mittel zum Budgetausgleich, einstellte.<sup>142</sup> Die deflationären Politiken der Regierungen wurden zudem teilweise durch Preisgarantien und protektionistische Maßnahmen konterkariert.<sup>143</sup>

Mit dem steigenden Mißtrauen gegenüber der Regierung nahm auch die Hortung von Kapital zu. Die anfängliche Hortung von Geldscheinen wurde später durch die Hortung von Gold ersetzt, Zeichen nicht nur für die Angst vor Kapitalbesteuerung, sondern vielmehr vor einer Abwertung. Doch diese Entwicklung fand nur langsam statt und erstreckte sich über den gesam-

<sup>139</sup> Vgl. **Villa** (1996), S. 16 und **Cooman** (1989), S. 182.

<sup>140</sup> Vgl. **Hautcœur** (1993), S. 98 ff.

<sup>141</sup> Vgl. **Villa** (1996), S. 18, **Hautcœur** (1993), S. 112, **Kemp** (1971), S. 99, **Kemp** (1972), S. 100 und **Zimmermann/Saalfeld** (1988), S. 312.

<sup>142</sup> Vgl. **Hautcœur** (1993), S. 108 ff. und **Villa** (1996), S. 27 f.

<sup>143</sup> Vgl. **Zimmermann/Saalfeld** (1988), S. 313.

ten Zeitraum von den Bankenkrisen im Jahre 1931 bis zu Frankreichs Ausstieg aus dem Goldstandard im Jahre 1936.<sup>144</sup> Diese Goldhortung war ein klares Zeichen dafür, daß der Goldstandard nicht als Garant für eine disziplinierte Wirtschaftspolitik angesehen wurde. Schwächen in der Wirtschaftspolitik wurden vielmehr mit einer verminderten Glaubwürdigkeit der Politik in bezug auf die Aufrechterhaltung des Goldstandard in Verbindung gebracht.<sup>145</sup>

Hautcœur bestreitet denn auch, daß die Erklärung der Goldhortung mit dem Phänomen der Liquiditätsfalle ausreichend ist, da die Bankeinlagen selbst die Grundlage für das Mißtrauen der Öffentlichkeit bildeten und die anhaltend hohen langfristigen Zinsen ebenfalls gegen diese Hypothese sprechen.<sup>146</sup>

Die private Goldhortung wurde auch von einer weiteren Goldanhäufung der Banque de France begleitet. Blieben die Reserven der Banque de France zu Anfang der dreißiger Jahre auch weitgehend konstant, so fand doch eine Umstrukturierung statt; der Devisenbestand wurde gegen Gold umgetauscht. Betrug die Devisenreserven im Jahre 1928 noch 39,2 Prozent der Aktivposten der Bank, so war ihr Anteil bis zum Jahre 1932 auf 3,8 Prozent gefallen. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Goldreserven an den Aktivposten der Bank von 38,1 auf 75,9 Prozent. Diese Umstrukturierung ist zum einen auf die bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnte Änderung des Bankenstatuts zurückzuführen, die eine Devisendeckung des Franc aufhob. Zum anderen lag die Ursache aber auch in der zunehmenden Unsicherheit in bezug auf die Stabilität der Reservewährungen.<sup>147</sup> Der Einfluß weiter anhaltender Goldhortung auf die Wirtschaften der anderen Länder war durch deren Ausstieg aus dem Goldstandard allerdings weitgehend gebrochen.

Das hohe Zinsniveau in Frankreich in den dreißiger Jahren stellte jedoch den deutlichsten Unterschied zu den übrigen Wirtschaften dar. Während die langfristigen Zinsen in den USA und in England um bis zu einem Drittel fielen, stiegen sie in Frankreich um die Hälfte an. Dieses hohe Zinsniveau blieb natürlich nicht ohne Folgen für die Wirtschaft, drückte es doch nicht nur den allgemeinen Pessimismus aus. Vielmehr sanken infolge der hohen Zinsen, der zurückgehenden staatlichen Unterstützung und der erschwerten Beschaffung von Krediten die Inves-

---

<sup>144</sup> Vgl. **Bouvier** (1984), S. 58, **Hautcœur** (1993), S. 108 f., **Villa** (1996), S. 26 f. und **Kemp** (1971), S. 99.

<sup>145</sup> Vgl. **Hamilton** (1988), S. 87.

<sup>146</sup> Vgl. **Hautcœur** (1993), S. 106.

<sup>147</sup> Vgl. **Eichengreen** (1988), S. 108.

titionen, zu einem Zeitpunkt, da andernorts der Aufschwung begann.<sup>148</sup> Villa attestiert für die damalige Situation in Frankreich mit fallender in- und ausländischer Nachfrage und fallenden Investitionen keynesianische Arbeitslosigkeit, zumal die Banque de France restriktive Geldpolitik betrieb und die kurzfristigen Zinsen stiegen.<sup>149</sup> Mit der im Oktober 1936 stattfindenden Abwertung des Franc vollzog schließlich aber auch Frankreich, als letztes der großen europäischen Länder, den ersten Schritt auf dem Weg aus der Weltwirtschaftskrise. Die weitere Entwicklung der Wirtschaft wurde dann jedoch schon von den Vorbereitungen auf den nächsten Krieg beeinflusst.

### **4.3 Die politischen Probleme - Kooperation bei konträren Konzeptionen und starrem Hintergrund?**

Neben der Finanz- und Geldpolitik blieb natürlich auch die allgemeine Politik, d.h. die Innen- und Außenpolitik, nicht ohne Folgen für den Verlauf der Weltwirtschaftskrise. Fand schon die Stabilisierung des Franc ohne fremde Unterstützung statt,<sup>150</sup> so waren auch die folgenden Jahre durch geringe und erfolglose politische Zusammenarbeit gekennzeichnet. Insbesondere die Frage der Kriegsschulden und der Reparationen behinderte dabei eine Kooperation der verschiedenen Staaten.

Ein deutliches Zeichen für das Versagen politischer Zusammenarbeit in der Weltwirtschaftskrise war jedoch der Mißerfolg der Weltwirtschaftskonferenz in London 1933.<sup>151</sup> Es zeigten sich nicht nur die innenpolitischen Probleme, mit denen die verschiedenen Länder zu kämpfen hatten, sondern auch die grundlegenden Unterschiede der wirtschaftstheoretischen Konzeptionen.<sup>152</sup> Eine Verständigung scheiterte vor allem an der Unvereinbarkeit der französischen und der britischen Auffassung der Weltwirtschaftskrise. Frankreich sah die Ursache der Krise hauptsächlich in dem Gebrauch von Devisen als Reservemedium. Dadurch sei den Reservewährungsländern eine zu expansionistische Geldpolitik ermöglicht worden. Die Folge sei eine Produktionsausweitung gewesen, mit der das Goldangebot nicht mithalten konnte. Um der dem Produktionsanstieg folgenden, gesteigerten Geldnachfrage gerecht zu werden, mußten daher die Preise sinken, um einen realen Ausgleich herzustellen. Unter dem früheren Gold-

---

<sup>148</sup> Vgl. **Hautcœur** (1993), S. 101 und 118 f.

<sup>149</sup> Vgl. **Villa** (1996), S. 26.

<sup>150</sup> Vgl. **Artaud** (1993), S. 13.

<sup>151</sup> Vgl. **Clavin** (1996), S. 195 f.

<sup>152</sup> Vgl. hierzu insgesamt **Uzan** (1993) 206 ff. und **Eichengreen** (1994), S. 12 ff. und S. 21 ff.

standard war daher eine sachte Deflation die Folge. In den zwanziger Jahren war jedoch eine großzügige Kreditvergabe erfolgt, aufbauend auf die Devisenreserven. Daraus resultierten Spekulation, Preissteigerungen und letztlich die Börsenkrise. Aufgrund dieser Krise lösten die Zentralbanken ihre Devisenreserven ein, und es kam zu abrupten Preisverfällen, die Konkurse, Investitionsrückgänge und wirtschaftliche Umwälzungen bewirkten. Infolge dieser Sichtweise bestand für die französische Regierung die einzige Lösung in der allgemeinen Rückkehr zum Goldstandard, um die überschüssige Liquidität zu reduzieren und das Vertrauen der Investoren wiederherzustellen.

Die Position Großbritanniens war demgegenüber vielmehr durch den Einfluß Keynes' geprägt. Ihmzufolge war die Depression einem externen Preisverfall entsprungen. Die heimischen Preise waren nicht in gleicher Weise gefallen und die Starrheit der Löhne hat die realen Arbeitskosten erhöht; folglich sank die Produktion, und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich. Die entsprechende britische Lösung bestand in der Stabilisierung der Preise auf vorherigem Niveau und, insofern er einer Politik des Aufschwungs entgegenstand, einem Abgang vom Goldstandard.

Diese konträren Positionen sind auch durch die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise zu erklären. Während Frankreich eine Zeit finanzieller Instabilität und Inflation erlebt hatte, herrschte in Großbritannien Deflation und Arbeitslosigkeit. Kindleberger führt überdies an, daß sich Frankreich aufgrund seiner relativen Schwäche im Verhältnis zu den USA oder Großbritannien, der ehemaligen Führungsmacht im Goldstandard, nicht für die Stabilität des Systems verantwortlich gefühlt und deshalb nationale Ziele verfolgt hatte. Da Frankreich aber dennoch über einen relativ großen Einfluß auf das Weltgeschehen verfügte, hatte diese Handlungsweise das System weiter erschüttert.<sup>153</sup>

Ein weiterer Grund für die Schwäche der damaligen Politik stellten innenpolitische Faktoren dar. So waren die französischen Regierungen durch die Budgetdefizite und die nötigen Rücksichtnahmen auf Koalitionspartner und Interessengruppen, hier insbesondere die der Landwirte, in ihrem Handlungsspielraum eingengt. Da die französischen Regierungen bis zum Jahre 1936 auch nicht über ein eigenes Wirtschaftsministerium verfügten, war die Vertretung

---

<sup>153</sup> Vgl. **Kindleberger** (1972), S. 31 ff.

wirtschaftlicher Interessen und die Präsenz wirtschaftlicher Kompetenz innerhalb der Regierung zusätzlich erschwert.<sup>154</sup>

Carré de Malberg macht aber darauf aufmerksam, daß gerade die hochrangigen Finanzbeamten zur restriktiven Wirtschaftspolitik Frankreichs beigetragen haben. Durch ein ähnliches soziales Umfeld, eine vergleichbare Ausbildung und eine gleichartige berufliche Position war eine homogene Gruppe entstanden, die neuen Ideen eher verschlossen gegenüberstand.<sup>155</sup> Johnson weist auf die Bedeutung der Persönlichkeit von Emile Moreau, dem Direktor der Banque de France zu Ende der zwanziger Jahre hin, der maßgeblich für die unterbewertete Festsetzung des Franc war und danach einen restriktiven Kurs steuerte.<sup>156</sup>

---

<sup>154</sup> Vgl. **Uzan** (1993), S. 214 ff. und 222 ff.

<sup>155</sup> Vgl. **Carré de Malberg** (1993) S. 125 ff.

<sup>156</sup> Vgl. **Johnson** (1994), S. 474 f.

## **5. Zusammenfassung - ein schwacher Inlandsmarkt und der Fall in die eigene Grube**

Wie in den vorhergehenden Kapiteln gesehen, stellt die Weltwirtschaftskrise ein komplexes Ereignis dar, innerhalb dessen es schwierig ist, die Rolle eines einzelnen Staates isoliert zu betrachten. So will ich mich darauf konzentrieren, die Unterschiede der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise in Frankreich im Vergleich zu anderen Ländern nochmals kurz darzulegen und die weitreichendsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu beleuchten.

Der grundlegende Unterschied Frankreichs im Vergleich zu seinen Nachbarländern bestand in seiner relativen Autonomie und geringen Dynamik. Diese halfen zu Beginn zwar, den Einbruch der Krise hinauszuzögern - lange waren von der Krise nur die dem Weltmarkt zugewandten Sektoren betroffen; als aber die Krise dann auch in vollem Umfang auf Frankreich übergegriffen hatte, verhinderten eben diese Autonomie und Trägheit eine rasche Erholung. Hierbei spielte vor allem die zurückgegangene und verharrende Nachfrage eine bedeutende Rolle; ein Wiederaufschwung durch die Impulse eines Massenkonsums blieben aus. Auf der Angebotsseite war die Produktion, durch den heimischen Markt und Protektionismus geschützt, konkurrenzunfähig geworden.

Was die politischen Entscheidungen betrifft, so hatte die unterbewertete Stabilisierung des Franc in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise weitreichende Folgen. Zum einen half sie, durch die Erleichterung französischer Exporte und eine Steigerung des Vertrauens in den Franc, die große Krise aus Frankreich vorerst fernzuhalten, zum anderen führte sie dazu, daß ein umfangreicher Goldstrom nach Frankreich einsetzte. Durch dessen Neutralisierung zwang Frankreich die übrigen Staaten, im Angesicht der beginnenden Krise, restriktive Politiken zu ergreifen, und erschwerte ihnen die Bekämpfung der Krise.

Mit dem Einsetzen der Krise in Frankreich und den Abwertungen anderer Länder kehrte sich die strikte Politik Frankreichs zu seinem Nachteil um. Mißtrauen in die Stabilität des Franc setzte ein, die Regierungen sahen sich wachsenden Finanzierungsproblemen gegenübergestellt, die Zinsen stiegen und infolgedessen wurden Investitionen nicht getätigt. Frankreichs Einfluß in der Weltwirtschaftskrise bestand also hauptsächlich in dem Ausüben eines Deflationsdruckes, der zuerst die Krise in den anderen Länder verschärfte und schließlich diejenige in Frankreich selber. Dieser Einfluß wurde jedoch von vielen weiteren Faktoren begleitet, wie etwa der ebenfalls stattfindenden amerikanischen Neutralisierung von Gold oder den mannigfaltigen internationalen Spannungen nach dem Ersten Weltkrieg. Zudem muß berücksichtigt

werden, daß die damaligen Entscheidungsträger nicht über unser heutiges Wissen verfügten und im Nachhinein vieles eindeutiger und offensichtlicher erscheint. Abschließend kann jedoch gesagt werden, daß die Rolle Frankreichs zumindest eines von mehreren destabilisierenden und verschärfenden Elementen in der Weltwirtschaftskrise darstellte.

## Literaturverzeichnis

- Artaud, Denise** (1993), La Ratification de l'accord Mellon-Bérenger et le maintien de la stabilité monétaire, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), Du franc Poincaré à l'écu, Paris, S. 13-20
- Bairoch, Paul** (1994), Mythes et paradoxes de l'histoire économique, Paris
- Barral, Pierre** (1980), Les grandes épreuves: agriculture et paysannerie, in: Braudel/Labrousse (Hrsg.), Histoire économique et sociale de la France, Bd. IV, Vol. 2, S. 823-857
- Bernake, Ben S.** (1995), The Macroeconomics of the Great Depression: A Comparative Approach, in: Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 27, No. 1, S. 1-28
- Bing, Walter** (1956), Wirtschaft und Währung Frankreichs, Frankfurt
- Bovier, Jean** (1984), The French Banks, Inflation and the Economic Crisis, 1919-1939, in: Journal of European Economic History, Vol. 13, No. 2, S. 29-80
- Büsch, Otto; Witt, Peter-Christian** (1994), Krise der Weltwirtschaft - Weltkrise von Wirtschaft und Politik, in: Büsch/Witt (Hrsg.), Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise, Berlin, S. 15-26
- Caron, François; Bouvier, Jean** (1980a), Structures des firmes, emprise de l'État, in: Braudel/Labrousse (Hrsg.), Histoire économique et sociale de la France, Bd. IV, Vol. 2, S.769-820
- Caron, François; Bouvier, Jean** (1980), Guerre, crise, guerre, in: Braudel/Labrousse (Hrsg.), Histoire économique et sociale de la France, Bd. IV, Vol. 2, S.633-683
- Carré de Malberg, Nathalie** (1993), Les inspecteurs des finances et la défense du Franc, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), Du franc Poincaré à l'écu, Paris, S. 125-169
- Clavin, Patricia M.** (1996), The Failure of Economic Diplomacy: Britain, Germany, France and the United States, 1931-36, London u.a.
- Coomans, Géry** (1988), Économie productive et économie financière dans les années 1920, in: Crises et crises financières, Cahiers de l'I.S.M.A. - Série Théories de la Régulation - R, n° 3, S. 13-45
- Coomans, Géry** (1989), 1929 – La crise en France, Belgique, Grande Bretagne, Grenoble
- Debeir, Jean-Claude** (1980), Inflation et Stabilisation en France (1919-1928), in: Revue économique, Vol. 31, n° 4, S. 622-647
- Dieckheuer, Gustav** (1995), Internationale Wirtschaftsbeziehungen, 3. Aufl., München u.a.
- Dugé de Bernonville** (1934), Quelques aspects de l'évolution des prix de 1928 à 1934, in: Indices du Mouvement général des Affaires, Supplément, 12<sup>e</sup> année, octobre
- Eichengreen, Barry** (1988), Did international economic forces cause the Great Depression?, in: Contemporary Policy Issues, Vol. 6, No. 2, S. 90-114
- Eichengreen, Barry** (1992), The origins and nature of the Great Slump revisited, in: Economic History Review, Vol. 45, No. 2, S. 213-239

- Eichengreen, Barry** (1994), Central Bank cooperation and exchange rate commitments: the classical and interwar gold standards compared, Kopierexemplar eines anstehenden Artikels in: *Financial history review* (1995, Vol. 2, No. 2, S. 99-117)
- Ferderer, J. Peter; Zalewski, David A.** (1994), Uncertainty as a Propagating Force in The Great Depression, in: *The Journal of Economic History*, Vol. 54, No. 4, S. 825-849
- Foreman-Peck, James** (1995), *A History of the World Economy - International Economic Relations since 1850*, 2. Aufl., Hertfordshire
- George, Pierre** (1972), Les Paysans, in: Sauvy, Alfred (Hrsg.), *Histoire économique de la France entre les deux guerres*, Vol. III, Paris, S. 54-71
- Girault, René** (1980), Marchandises et capitaux: les marchés et les placements extérieurs, in: Braudel/Labrousse (Hrsg.), *Histoire économique et sociale de la France*, Bd. IV, Vol. 2, S. 729-767
- Grossman, Richard S.** (1994), The Shoe That Didn't Drop: Explaining Banking Stability During the Great Depression, in: *The Journal of Economic History*, Vol. 54, No. 3, S. 654-682
- Hamilton, James D.** (1988), Role of the international gold standard in propagating the Great Depression, in: *Contemporary Policy Issues*, Vol. 6, No. 2, S. 67-89
- Hautcœur, Pierre-Cyrille** (1993), Surévaluation ou crise de confiance? - Hausse des taux d'intérêt et durée de la grande dépression en France, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), *Du franc Poincaré à l'écu*, Paris, S. 97-121
- Jarchow, Hans-Joachim; Rühmann, Peter** (1993), *Monetäre Außenwirtschaft - II. Internationale Währungspolitik*, 3. Aufl., Göttingen
- Johnson, H. Clark** (1994), The gold standard, France and the coming of the Depression, 1919-1932, Ann Arbor
- Kemp, Tom** (1971), The French Economy under the Franc Poincaré, in: *Economic History Review*, Vol. 24, No. 1
- Kemp, Tom** (1972), *The French Economy 1913-39*, London
- Kindleberger, Charles P.** (1972), The international monetary politics of a near-great power: two French episodes, 1926-1936 and 1960-1970, Kopiervorlage eines Vortrags vor der Economic History Society, S. 30-41
- Kindleberger, Charles P.** (1973), *Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939*, München
- Laufenburger, Henry** (1933), L'évolution particulière de la crise en France, in: *Economic essays in honour of Gustav Cassel*, London, S. 369-386
- Laufenburger, Henry** (1936), Methoden der Krisenabwehr und der Konjunkturpolitik in Frankreich, in: Predöhl, Andreas (Hrsg.), *Kieler Vorträge*, Nr. 44
- Lee, Hun Dae** (1991), Das Frühjahr 1931 in der Weltkonjunktur: Zwischenhoch, kumulativer Abschwung, potentieller Wendepunkt?, Regensburg
- Marseille, Jacques** (1980), Les origines « inopportunes » de la crise de 1929 en France, in: *Revue économique*, Vol. 31, n° 4, S. 648-684

- Marseille, Jacques** (1993), Le Franc Poincaré et le commerce extérieur de la France, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), Du franc Poincaré à l'écu, Paris, S. 57-65
- Nogaro, Bertrand** (1936), La crise économique dans le monde et en France, Paris
- o.V.** (1933), Frankreich in der Weltwirtschaftskrise, in: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 42. Jg., Viertes Heft, S. 159-168
- Oualid, William; Rivet, Raymond** (1939), Structure budgétaire, in: Rist/Pirou (Hrsg.), De la France d'avant guerre à la France d'aujourd'hui, Paris, S. 456-486
- Pavoine, Jacques** (1994), Les trois crises du XX<sup>e</sup> siècle, Paris
- Plessis, Alain** (1993), Rapport Introductif, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), Du franc Poincaré à l'écu, Paris, S. 5-12
- Pommery, Louis** (1933), Die französische Volkswirtschaft in der Weltkrise, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 37. Band, S. 425-443
- Rist, Charles** (1931), La crise économique et ses causes, in: Journal officiel de la République française, Annexe au n° 27, S. 461-468
- Rist, Charles** (1933), Essais sur quelques problèmes économiques et monétaires, Paris
- Rothermund, Dietmar** (1993), Die Welt in der Wirtschaftskrise, 1929-1939, Münster u.a.
- Salais, Robert** (1988), Why was Unemployment so Low in France During the 1930s?, in: Eichengreen/Hatton (Hrsg.), Interwar Unemployment in International Perspective, Dordrecht, S. 247-288
- Sauvy, Alfred** (1965), Histoire économique de la France entre les deux guerres, Vol. I, Paris
- Sauvy, Alfred** (1972), Les problèmes économiques, sociaux et politiques de population, in: Histoire économique de la France entre les deux guerres, Vol. III, Paris, S. 47-53
- Sicsic, Pierre; Villeneuve, Bertrand** (1993), L'afflux d'or en France de 1928 à 1934, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), Du franc Poincaré à l'écu, Paris, S. 21-55
- Tassin, François** (1995), Analyse des agrosystèmes, Arbeitsunterlagen, Montpellier
- Temin, Peter** (1989), Lessons from the Great Depression, Cambridge u.a.
- Uzan, Marc** (1993), Un échec de la coopération économique internationale durant l'entre-deux-guerres, in: Comité pour l'histoire économique et financière (Hrsg.), Du franc Poincaré à l'écu, Paris, S. 197-224
- Vergnes, M.** (1980), Les causes de la crise des années 30, Direction des Etudes - Banque de France, Paris
- Villa, Pierre** (1996), France in the Early Depression of the Thirties, in: Centre d'études prospectives et d'informations internationales, Document de travail n° 96-06
- Zimmerman, Ekkart; Saalfeld, Thomas** (1988), Economic and Political Reactions to the World Economic Crisis of the 1930s in Six European Countries, in: International Studies Quarterly, Vol. 32, S. 305-334